BIRCHER Conv. 451

Schriften der Nationalen Front

10

Paul Lang

Lebendige Schweiz

Blick nach rückwärts – Staatsrechtliche Reform
Wirtschaftliche Reform – Im großen Strom
Bausteine zu einer neuen Verfassung

Nationaler Front-Verlag Zürich

[1935]

Schriften der „Nationalen Front"

1. **Robert Tobler:** Wesen und Ziele der Nationalen Bewegung; 40 S.; Fr. —.60; 3. Auflage (5.—8. Tausend).

2. **Rolf Henne:** Der Standort der jungen Generation und andere politische Schriften; 32 S.; Fr. —.60.

3. **Max Leo Keller:** Die Organisation von Landesunternehmungen und Großbetrieben; 24 S.; Fr. —.60.

4. **Hans A. Wyß:** Die jüdische Situation, Ein Beitrag zur Judenfrage; 32 S.; Fr. —.60.

5. **Alfred Zander und Wilhelm Brenner:** Erziehung, Schule und Volksgemeinschaft; 32 S.; Fr. —.60.

6. **Hans Kläui:** Der Kampf um die Volksgemeinschaft; 40 S.; Fr. —.60.

7. **Ernst Wolfer:** Streit um die Demokratie; 20 S.; Fr. —.60.

8. **Ernst Braendlin:** Korporativer Aufbau und landwirtschaftliche Entschuldung. / Zwei Wege zur Volksgemeinschaft. 32 S.; Fr. —.60.

9. **Max Leo Keller:** Der Neuaufbau der Wirtschaft; 64 S.; Fr. 1.20.

10. **Paul Lang:** Lebendige Schweiz; 52 S.; Fr. 1.—.

Von **Paul Lang** sind ferner erschienen:

Dramatisches:

Sturmzeit, Schweizer Weltkriegsdrama; Inesverlag, Kilchberg.
Der Einbrecher, Ein lustiger Einakter; Rascher & Co., Zürich.
Drei Hörspiele; Dreispitz-Verlag, Küsnacht-Zch.
Waldmann vor Murten, Einaktiges Festspiel; Dreispitz-Verlag, Küsnacht-Zch.
Der Sturz Waldmanns, Fünfaktige Tragödie; Dreispitz-Verlag, Küsnacht-Zch.

Literaturkritik:

Carl Spittelers Olympischer Frühling; W. Trösch, Olten.
Die Schweizer Tellspiele; Inesverlag, Kilchberg.
Bühne und Drama der deutschen Schweiz; Orell Füßli, Zürich.
Zeitgenössische Schweizer Dramatiker; J. Kleiner, Bern.

Schweizerische Geschichte und Politik:

Karl Bürkli, Eine Biographie; Buchhandlung Bendtfeld, Basel.
Tote oder lebendige Schweiz? Rascher & Co., Zürich.

1.—

Schriften der Nationalen Front

10

Paul Lang

Lebendige Schweiz

Blick nach rückwärts – Staatsrechtliche Reform
Wirtschaftliche Reform – Im großen Strom
Bausteine zu einer neuen Verfassung

Nationaler Front-Verlag Zürich

Inhalt:

Blick nach rückwärts Seite

Vom Ustertag bis heute 3

Staatsrechtliche Reform

Demokratie und Führergedanke 11

Wirtschaftliche Reform

Ständische Wirtschaft und ständische Wirtschaftsmoral . . 22

Im großen Strom

Der Frontismus als Glied abendländischer Erneuerung . . 31

Die Tat

Bausteine zu einer neuen Verfassung 43

1.

Blick nach rückwärts.

Vom Ustertag bis heute.

„Es ist allgemein bekannt, daß die in den letzten Tagen des abgewichenen Juli für ganz Europa höchst wichtigen, in Frankreich stattgefundenen Vorfälle auch in unserem gemeinsamen Vaterlande, und besonders auch in unserem Kanton, die verschiedenen Begehren und Wünsche, die seit dem Jahre 1814 durch die Ereignisse in den Schlummer eingewiegt wurden, aufgeweckt haben, welche gegenwärtig an der Tagesordnung sind."

Wo steht das? Das sind die Eingangsworte des Memorials von Uster vom 22. November 1830. „Allgemein bekannt" war es bei den Ustertagsfreisinnigen selber, daß einzig die französische Julirevolution ihre zürcherischen Begehren und Wünsche „aufgeweckt" und ihnen die Kraft und den Mut zu ihrer Volksversammlung gegeben hatte. Sie waren natürlich weit davon entfernt, darin eine „Nachäffung des Auslandes" zu sehen. Und ob ihre konservativen Gegner sie darin erblickten, das ist heute sehr schwer festzustellen; denn die offizielle Schweizergeschichte ist von Freisinnigen geschrieben worden. Aber auf alle Fälle sollte man, wenn man im Glashaus sitzt, nicht mit Pflastersteinen werfen. Und schließlich waren die Ahnherren der heutigen Ustertagsparteiler immerhin Männer, denen man Respekt nicht versagen darf. Am „Nachäffen" hängt eben nicht alles.

Sie waren Männer! Denn sie haben nach 1830 dann 18 Jahre lang gekämpft für ihre politischen Ueberzeugungen und sind dabei in Ehren grau geworden, unzählige Fähnlein von sieben Aufrechten, auch wenn sie lange nicht alle — was nach kürzlicher freisinniger Definition einzig auf Achtung Anspruch gibt — Reichtum und Güter erworben haben. Damals, zwischen 1830 und 1848, war noch der Atem des Lebens im Freisinn. Damals trug er die Zukunft in sich. In den Mitteln zwar ist er bei Gott nicht wählerisch gewesen. Viel weniger wählerisch als heute die Fronten. Das Ausplündern von Zeughäusern hat er selbstverständlich gefunden. Und als der Ratsherr Leu von Ebersoll sich dem Freisinn lange genug mißliebig gemacht hatte, erschoß ihn ein durch seine Partei-

presse „aufgehetzter" freisinniger Fanatiker ohne viel Federlesens, als er neben seiner Gattin im Bette lag. Aber die Geschichte hat dem Freisinn diese wie andere Untaten verziehen, weil er damals als Ganzes betrachtet nicht für die Erhaltung von schäbigen Pfründen gekämpft hat, weil es ihm vielmehr um die Sicherheit und die Größe des Vaterlandes zu tun gewesen.

Die historische Aufgabe des Freisinns von damals war, eine starke Schweiz zu schaffen. Dazu sind ihm alle Mittel recht gewesen, die sich geboten haben. Die Eidgenossenschaft mußte sich verändern, weil Europa sich veränderte. Sie mußte ein festeres Gefüge erhalten, weil ihre Nachbarn sich festigten und zusammenwuchsen. Rings um sie herum entstanden aus kleinen und lockeren größere und energischere politische Gebilde. Italien erwuchs aus einem „geographischen" Begriff, wie es Metternich genannt hatte, zu einem geeinigten Königreich. Die deutschen Staaten verschmolzen sich über den Norddeutschen Bund zum Kaiserreich. Die Zeit war vorbei, die einen losen und machtlosen Staatenbund ertragen konnte. **Der Freisinn wurde deshalb die staatstragende Partei, weil er das Ganze sah, weil er mit richtigem Instinkte die Zukunft spürte und sich dafür einsetzte mit allen Kräften.**

Und darum gehört jenen Freisinnigen, auch wenn sie „nachäfften", unsere Liebe: den Freisinnigen des Ustertags, des Tages von Wohlenschwil, der Tage von Weinfelden, von Münsingen und von Balsthal, all jenen Männern der großen Volkstagungen, an denen im Jahre 1830 die Revision der Kantonalverfassungen im liberalen Sinne beschlossen wurde. Ihnen gehört unsere Liebe wie jenem ganzen Geschlechte, das nicht ruhte und rastete, ehe die Verfassung von 1848 zustandekam: jenem Kämpfergeschlechte, das für seine Ueberzeugung in den Freischarenzügen von 1844 und 1845 und erst recht im Sonderbundskrieg den Kugeln entgegenschritt! Zu ihnen bekennen wir uns als zu unsern Vätern und Vorbildern. **Denn sie haben getan, was die Zeit von ihnen verlangte: herzhaft und ohne auf Opfer zu schauen. Und so werden auch wir tun, was die Zeit von uns erfordert: herzhaft und ohne auf Opfer zu schauen.** Aber die ältlichen Zylinderfreisinnigen von heute, die zynischen Verteidiger ihrer Dividenden und Tantièmen und Embonpoints, sie haben nicht das geringste Recht, sich auf die Furrer und die Ochsenbein, die Augustin Keller und die Munzinger, die Franscini und die Bornhauser zu berufen. Jene waren nicht ihres, sie waren unseres Geistes. Deswegen, weil es das tiefste Paradoxon der Geschichte ist, daß das, was einmal wahr und tief gewesen, und gerade darum, später mit Notwendigkeit falsch und seicht werden muß! Drum dröhnt auch den heutigen Freisinnsherren, wenn sie sich auf ihre liberalen Ahnen berufen wollen, deren eherne Stimme vernichtend entgegen: „Weh dir, daß du ein Enkel bist!"

Nie kommt es nämlich — und immer wieder muß das den Buchstabengläubigen in die Ohren gerufen werden — auf die toten Lettern an. Auch nicht in den Parteiprogrammen! Es kommt einzig darauf an, wer diese Lettern zum Leben erweckt. Und zu welchem Leben! Jahrzehntelang haben die freisinnigen Systemsherren jeweils am 1. August bei bengalischer Beleuchtung und einer Flasche Dézaley vom Opfersinne geredet, und es ist einem übel geworden dabei, wenn man sie näher angesehen hat. Aber wenn einer von uns heute das Wort ausspricht, einer unseres verlorenen Haufens, der keine Stunde weiß, ob man ihm morgen nicht seinen Brotkorb entzieht, einen Pflasterstein an den Kopf wirft oder ihn gar kurzerhand über den Haufen knallt — wie anders klingt dann solch ein Wort, aus dem die Flamme der Wahrheit schlägt!

Einstmals haben auch die Freisinnigen zu kämpfen und sich einer Sache zu opfern gewußt. Als sie 3000 Mann stark aus vier angrenzenden Kantonen den Jesuitenstaat Luzern mit Geschütz und Gewehr mitten im Frieden überfielen! Das war noch eine ganz andere Provokation als unser Fackelzug nach Außersihl. Es ging auch nicht ohne Tote ab. Der zweite Freischarenzug hat deren fast so viel gekostet wie der Sonderbundskrieg. Aber haben sie deswegen den Mut verloren? Mit nichten! Denn allzugut haben sie gespürt, daß das vergossene Blut der notwendige Same der Zukunft war. Und es ist merkwürdig: sogar ein so friedfertiger Mensch wie Gottfried Keller hat wenigstens einen Versuch unternommen, dabei zu sein. Und im Jahre 1846 — einem Jahr vor dem Sonderbundskrieg — hat er ein Gedicht veröffentlicht, in dem es heißt:

Ich geb es zu, ich habe viel geschrien,
Bin dumpfes Echo von geweihten Tönen,
Und nur die gute Sache mag mich tragen!

Doch ist's mein Herzblut, das ich ausgespien!
Der Schlachtschrei, der beim Angriff muß erdröhnen:
Auf diesen folgt ein regelrechtes Schlagen!

Dieser friedfertige, dieser idyllische Gottfried Keller hat den kommenden Bürgerkrieg also nicht nur vorausgesehen, er hat ihn zum voraus verherrlicht. „Auf diesen folgt ein regelrechtes Schlagen!"

Das war der Freisinn von 1830—1848! Und weil er so war, hat er gesiegt. Und als es dann an ein Ausnützen des Sieges ging, als es galt, gemäß der neuen freisinnigen Verfassung die Wahlen vorzunehmen, da hat man zwar mit keinem Worte vom „totalitären Staate" gesprochen, aber dank einer geschickten Wahlgeometrie ist es gelungen, den ersten Nationalrat so zu beschicken: 107 Freisinnige und 6 Mann Opposition! Totalitärer Staat? Nein, freisinnige Demokratie.

Aber dennoch: jener Freisinn von 1848 tat recht! Denn er hatte ein Haus zu bauen. Eines, das den drohenden Stürmen gewachsen sein

mußte. Drum galt es damals, schleunigst die alte Wackelbaracke zusammenzuschlagen. Der Freisinn spürte, was sonst unweigerlich in Kürze gekommen wäre: ein Ende in Schmach und Schande.

Er hat ja dann auch mit dieser sicheren Mehrheit etwas geleistet! Binnen fünf Jahren hat dies neue Parlament zwei Reformen durchgeführt, die wir heute nicht in hundert Jahren zuwege brächten. Das war die Vereinheitlichung von zwölf Münzsystemen, die vorher in der Schweiz durcheinander gelaufen waren, und die Reinigung des noch größeren Zoll-Augiasstalles: die Ablösung von 400 Binnenzöllen. Es war wahrlich kein Leichtes, all die Tausende von gegeneinanderstrebenden wirtschaftlichen Interessen, die mit diesen Einrichtungen verknüpft und verflochten waren, unter einen Hut zu bringen. Sie hätten auch nicht unter einen Hut gebracht werden können, wenn es damals schon ein Referendum gegeben hätte. Aber zum Glück wurde das erst 1874 eingeführt, nachdem die Hauptsache an grundlegender gesetzgeberischer Arbeit geleistet war. Auch so war es noch schwierig genug, sich im Nationalrat zu einigen. Wenn es schließlich dennoch gelang, so einzig deshalb, weil man damals noch zusammenkommen wollte. Weil jene Parlamentarier noch diskutierten, um sich gegenseitig zu überzeugen. Weil damals das Reden zum Fenster hinaus noch nicht erfunden war. Partei und Vaterland waren jenen Männern noch Eines. Sie waren Partei geworden aus Verantwortung für das Vaterland. Deshalb wollten und mußten sie sich in kleineren Fragen einigen. Es gab immer ein Gemeinsames, das man anrufen konnte, ein Höheres als wirtschaftliche Belange und Interessen. Dies Gemeinsame war das Vaterland, nicht als toter Begriff, sondern als lebendige Erfahrung: als treue Kameradschaft, als Kampf und Opfer, als Bewährung in Not und Getümmel!

So wurden auf dem Fundament der Verfassung von 1848 die Mauern errichtet und die Böden gelegt und die Zimmer gebaut. Und dann kam das Dach und der Schmuck des Innern. Allmählich geriet man sogar in eine Art von Luxusgesetzesfabrikation. Da ist es denn begreiflich, daß das Referendum als eine wohltätige Bremse gegenüber allzu eifrigen Juristen vorgeschlagen und eingeführt wurde. Freilich hat man sich damals wohl kaum genügend Rechenschaft darüber gegeben, daß es sich eines Tages nicht nur als Guillotine gegenüber fragwürdigen, sondern gegenüber beinahe allen Gesetzen erweisen und dadurch sich selber als sinnvolle Einrichtung aufheben könnte.

Und wie waren die Männer beschaffen, die diese Gesetze schufen? Wenn wir die Generationen, denen das Steuer des Staates um 1860, 1880 und 1900 anvertraut war, mit einander und mit der Generation von 1848 sorgsam vergleichen, so können wir nicht umhin, eine Feststellung zu machen, der ich den Namen „progressive Führerdegeneration“ gegeben habe. Diese soziologische Erscheinung der neue-

ren Schweizergeschichte bedarf noch durchaus der genaueren wissenschaftlichen Durchdringung. Und doch bietet sie den Schlüssel zum ganzen Ablauf unserer Innenpolitik! Es handelt sich aber nicht um ein isoliertes schweizerisches Phänomen. Die schweizerische Entwicklung ist gegenteils nur im Vergleich mit ähnlichen Vorgängen anderswo zu begreifen. Betrachte ich nämlich das politische Leben in irgendeiner der westlichen Demokratien, sei es Frankreich, Belgien, England oder die Union, so stelle ich inbezug auf den Rhythmus des Parteilebens folgendes fest: Es gibt überall ursprünglich zwei Parteien. Und diese zwei Parteien geraten abwechselnd in die Regierung oder in die Opposition. Dadurch und nur dadurch erhalten sie sich jung und wandlungsfähig. Denn es ist die Regel, daß eine Partei, die lange an der Herrschaft ist, verkalkt und vermaterialisiert. Sie durchsetzt sich mit Routiniers, mit Geschäftspolitikern. Sobald sie aber gestürzt ist, ist ihr erstes Bestreben regelmäßig, sich von diesen, sie kompromittierenden Elementen zu reinigen. Denn sie will der neuen Regierungspartei, die bis gestern Opposition gewesen ist, nun selber als schlagfertige Opposition entgegentreten. Und das kann sie nur durch unverbrauchte Leute, durch integre Menschen, durch einen tüchtigen Schuß Idealismus. Zu verfetten, das ist das Schicksal jeder Regierungspartei; denn dauernd hängen sich unsaubere Elemente an die Rockschöße derer, die die Macht besitzen. Umgekehrt zieht jede Oppositionspartei, schon weil sie Oppositionspartei ist, wie ein Magnet die Politiker der entgegengesetzten Wesenheit an: die Enthusiasten, die Idealisten, die Reformer. In jeder Regierungspartei überwiegt der Realpolitiker, in jeder Oppositionspartei der Ideenpolitiker. Wenn die Parteien nun abwechselnd den Kurs bestimmen oder den Kurs bekämpfen, wie es mit allen großen Parteien der westlichen Demokratien in den letzten ein bis zwei Jahrhunderten der Fall gewesen ist, so ist dafür gesorgt, daß sich immer wieder ein harmonisches Gleichgewicht zwischen Geist und Materie einstellt. Bei der Uebernahme der Macht werden die phantastischen Ideologen ausgeschifft, beim Sturz in die Opposition die korrumpierten Allzurealpolitiker.

Dieser Pendelrhythmus hat den westlichen Parlamentarismus bis anhin in Funktion erhalten. In England besser als in Amerika. In Amerika besser als in Frankreich. In Frankreich besser als in der Schweiz. Ueberall besser als bei uns! Und zwar deshalb, weil unser Halbparlamentarismus ihn gar nie gekannt hat.

Gewiß stimmt das nicht für alle Teile der Schweiz. In jenen Kantonen, wo der Freisinn in ständiger Kampfstellung gegen die Klerikalen stand und steht, in Solothurn, Luzern und St. Gallen vor allem, da war und blieb das Kaliber der Parteigrößen ein anderes. Aber auch dort sank das Niveau von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Auch dort traten die entscheidenden Fragen des Glaubens in den Hintergrund und die materiellen

Interessen beherrschten das Feld. Auch dort wurde Taktik wichtiger als Grundsatz und die Sessel wichtiger als die Ziele. Schlußgefechte und Nachhutgeplänkel allerorten! Im ganzen war das Bild der schweizerischen Politik mit wenigen rühmlichen Ausnahmen in allen Kantonen das gleiche. So sah diese Entwicklung aus: Die Politiker wurden älter und älter. Und von Generation zu Generation wurde vor allem ihr Sitzleder entscheidender. Den Anwärtern auf irgendwelche Aemter wurde deren Ersitzung als hauptsächlichste und meistens auch einzige Bedingung auferlegt. Ihr Format verschlechterte sich dementsprechend.

Wenn es nicht so gewesen wäre, schon in den neunziger Jahren, niemals hätte man den Katholiken den Bundesrat geöffnet. Wenn es nicht so gewesen wäre, daß der einst staatstragende Freisinn eine reine Klassenpartei geworden, niemals hätte die Sozialdemokratie so anschwellen können. Die geistige und sittliche Degeneration des Freisinns hat letztlich die vaterländische Arbeiterschaft, die sich jahrzehntelang gegenüber dem Marxismus immun gezeigt hatte, diesem endlich dennoch in die Arme getrieben! 1892 verriet der Grütliverein sein vaterländisches Credo zugunsten des marxistischen. Etwa um die gleiche Zeit zog Zemp als erster Katholik in den Bundesrat ein. Das war die Wende.

Von da an ging es in immer rascherem Tempo bergab. Bis nach dem Kriege der Freisinn als Strafe für sein neuerliches staatsmännisches Versagen den Nationalratsproporz zugestehen mußte, der prompt seine Pseudoherrschaft beseitigte. Zugleich aber brach dies Ereignis auch, obschon es noch niemand bemerkt zu haben scheint, unserer Verfassung das Genick! **Denn es hat sich seither gezeigt und zeigt sich mit jedem Jahre deutlicher, daß unsere Verfassung einzig auf eine Mehrheitspartei zugeschnitten ist und bei einem Vielparteienparlament ganz einfach nicht funktionieren kann!** Was naive Soldschreiber des Systems bis vorgestern als größten Ruhm unseres halbparlamentarischen Systems einer, wie sie glaubten, staunend aufhorchenden Welt verkündeten, nämlich, daß es keine Vertrauenskrisen und keine Ministerstürze kenne, das beginnt sich heute als seine größte und lebensgefährliche Schwäche zu erweisen. Es wird nachgerade mit jedem Tag klarer und deutlicher, daß wir nicht wie die westlichen Demokratien, und ganz besonders die angelsächsischen, in einem dynamischen staatlichen Organismus leben, der in sich selber dauernde Erneuerungsmöglichkeiten besitzt. **Unser so gepriesener Halbparlamentarismus ist vielmehr ein System starrster Statik, das nicht von innen erneuert, sondern einzig zerbrochen werden kann. Logischerweise mußte deshalb die Erneuerungsbewegung schon in der ersten Etappe in das Verlangen nach einer Totalrevision der Verfassung einmünden.**

Warum ich das alles so ausführlich sage? Weil es noch allerlei braucht, bis man die neuen Gedankengänge im ganzen Lande begriffen hat. Weil

unser Volk in diesen Dingen von einer unglaublichen Trägheit des Denkens ist. Zwar nehmen schon seit vielen Monaten die Besucherzahlen der freisinnigen Versammlungen im selben Maße ab wie die der frontistischen zu. Aber da Hunderte von Zeitungen sich in den Händen des Systems befinden und da und dort dessen Parteikassen sich noch in ausnehmendem Maße der Gnade chemischer Fabriken, Bierbrauereien, Banken und anderer mit irdischen Gütern reich gesegneter Institutionen erfreuen, mag es noch etliche Zeit gelingen, das Land über den wahren Stand der Dinge hinwegzutäuschen. Unterdessen werden die Vatersohntragödien, wie Jakob Boßhart in seinem Schwanengesang des Freisinns, im Entwicklungsroman „Ein Rufer in der Wüste", eine gezeichnet hat, weitergehen, und weiter werden wir ersticken in der kleinen, der schleichenden Korruption, die schon seit langem unser besonderes helvetisches Seelenklima darstellt. Als kleines Ländchen können wir uns ja keine Stawiskys leisten; wir müssen uns mit volkstümlicheren Banken und Bankiers begnügen.

Wohl klammern sich die feindlichen Brüder, der Freisinn und der Marxismus, heute in Todesangst fest und fester aneinander. Die Zukunft des Landes geben sie beide preis, vorausgesetzt, daß man ihnen ihren geliebten Klassenkampf läßt, der einzig ihren Parteiorganisationen noch einen Schimmer von Existenzberechtigung zu verleihen scheint. Er ist ja der herrlichste Vorwand, um niemals in sich zu gehen und alle Schuld jederzeit dem Gegner, ohne den sie doch beide nicht mehr zu leben vermöchten, aufbürden zu können!

Wir aber wollen, daß man endlich einmal in sich gehe! Weil wir Höheres kennen als die Klasse. Aus Liebe zum ganzen Vaterlande und zum ganzen Volke werden wir nicht ruhen noch rasten, ehe nicht der Klassenkampf, der unser Volk in die Nähe des Abgrunds gebracht hat, ein Ding der Vergangenheit geworden ist! Wir spüren, wie sich der eiserne Ring immer dichter um unser Land zu legen beginnt. Immer geringer werden die Reserven, immer knapper die Weide. Und darum kann es nur eine Parole der Zukunft geben: Gerechte Verteilung der Lasten. Gerechtigkeit aber ist nur bei Vertrauen möglich. Und Vertrauen können jene Parteien heute unmöglich mehr fordern, deren ganze Politik seit jeher die Erzeugung von Mißtrauen war: Klassenkampf von oben und Klassenkampf von unten!

Es ist allerhöchste Zeit, daß jenen Ideen und Institutionen des letzten Jahrhunderts, deren eingestandenes oder uneingestandenes Ziel die Volkszerreißung war und ist, endlich das Rückgrat gebrochen wird. Fertig muß es jetzt sein mit diesem verfluchten Jahrhundert, fertig mit seinem Kampfe aller gegen alle, mit seiner Zerstörung jeder menschlichen und göttlichen Bindung! Aufhören muß die Gegeneinanderwirtschaft, die rücksichtslose Vernichtung all dessen, was lebendiger Leib und Seele des Volkes ist.

Der bürgerliche Freisinn ist so gerichtet wie die Irrlehre des Marxismus, die er dank seines wirtschaftlichen und seelischen Verhaltens der Arbeiterschaft aufgezwungen hat. Denn er hat sie in die Verdammnis gestoßen, die leibliche der Slums, die seelische des Proletariats. Auch für ihn gilt: „Gewogen, gewogen und zu leicht befunden!" Wenn wir Frontisten den Marxismus hassen wegen seiner scheinheiligen und falschen internationalen Asphaltsolidarität, die nur denkbar ist auf Kosten der wahren Solidarität mit den Eidgenossen desselben Blutes und desselben Landes, so hassen wir den Dekadenzfreisinn doppelt, der nichts getan hat, um einen großen und starken Volksteil in der historischen Gemeinschaft unseres Volkes zu bewahren.

Doch dürfen wir es beim Blick auf die Vergangenheit keineswegs bewenden lassen. Unsere Pflicht ist, die Zukunft zu bereiten. Die Zukunft aber will unerbittlich, daß beide aufgelöst werden: der Freisinn wie der Marxismus. Denn beide wollen die Volkszerreißung erhalten, beide wollen sie verewigen. Das ist, unter dem Aspekt der Geschichte gesehen, ihre Todsünde an der Seele der Eidgenossenschaft.

Die einzigen, welche die Gemeinschaft des ganzen Volkes rückhaltlos bejahen, sind wir. Und insofern dürfen wir jenes vielangefeindete Wort tatsächlich gebrauchen, wenn wir sagen: Das Programm der Nationalen Front sind wir. Denn insofern wir in unseren eigenen Reihen die verloren gegangene Volksgemeinschaft neu erschaffen, haben wir das Wesentlichste auch schon geleistet. Alles andere leitet sich aus dieser Tatsache logisch ab. Und wir haben sie bei uns geschaffen. Wir haben das wieder gebunden, was auseinandergerissen war. In unsern Reihen sind sie wieder vereinigt, die vorher getrennt: die Arbeiter, die Bauern, die Bürger. **In einer Front marschieren wir. Der Zukunft entgegen. Unter einem Banner: dem alt-eidgenössischen, dem glorreichen Banner der wahren, der christlichen Brüderlichkeit. Da noch keine tiefen Klüfte die Männer desselben Volkes trennten. Da sie gleich waren in ihren Ansprüchen und in ihrer Lebensart. In jenen einfachen Jahrhunderten unseres Heldenzeitalters.**

So schreiten wir der Zukunft entgegen. Der Zeit großer Not und großer Gefahr. Wo nur dies uns versöhnen kann mit dem harten Geschick: daß wir gerecht uns vertragen werden: Als Eidgenossen, als Kameraden und Brüder!

2.

Staatsrechtliche Reform.

Demokratie und Führergedanke.

Demokratie und Führergedanke? Sieht das nicht fast so aus, als ob ich die Demokratie dem Führergedanken gegenüberstellen wollte? Als ob es sich nur um das eine handeln könnte oder das andere? Wer so auf den Inhalt riete, würde sich täuschen. Ich will vielmehr hier den Beweis erbringen, daß im Gegenteil Demokratie und Führergedanke notwendige Ergänzungen sind.

Zunächst das Wort Demokratie, zu deutsch Volksherrschaft! Da stutze ich schon. Herrscht ein Volk wirklich jemals über sich selbst? Kaum habe ich meine Gedanken auf die Geschichte der demokratischen Ideen eingestellt, um Klarheit darüber zu gewinnen, so tritt mir notwendigerweise auch schon der Name Rousseau auf die Lippen. Sollte nicht vielleicht dieser Erzvater des Demokratismus Bescheid wissen über sie? Was aber finde ich in seinem Hauptwerk, dem «contrat social» geschrieben? «S'il y avait un peuple de dieux, il se gouvernerait démocratiquement. Un gouvernement si parfait ne convient pas à des hommes.» Diesem vernünftigen Urteil könnten wir vielleicht noch jenen treffenden Ausspruch Professor A. Guggenbühls zur Seite stellen: „Die Demokratie ist eine Staatsform der Geduld, die reine Demokratie eine Staatsform der Hiobsgeduld." Doch nun ohne Arabesken klipp und klar: Die reine Volksherrschaft ist unmöglich. Es hat sie nie gegeben.

Ist aber vielleicht der reine Führerstaat möglich? Was bemerken wir denn, wenn wir die Geschichte der Diktaturen studieren? Als ewig sich Wiederholendes dieses: daß jeder Diktator, heiße er nun Napoleon, Mussolini oder Hitler, sobald er die Zügel der Macht ergriffen hat, sich allsogleich vom Volke bestätigen läßt, d. h. der reine Führerstaat des mehr oder weniger überraschenden, mehr oder weniger ungesetzlichen Staatsstreiches kippt in kürzester Frist um in die plebiszitäre Führerdemokratie!

Es ergibt sich aus dem Vorhergehenden, daß die Wirklichkeit immer nur beides kennt, Demokratie und Führergedanken, eine Mischung, eine Verschmelzung, ein In- und Miteinander von Führer oder

Führern und Geführten. Was einzig zur Diskussion steht, ist die Dosierung dieser Elemente und die Art ihrer Verbindung. Aber daß beide immer da sind, dies ist die Wirklichkeit der Geschichte.

Allerdings, wer in der Geschichte an ewige Ideen glaubt, der wird von dieser Aussage vielleicht schmerzlich betroffen sein. Wie steht es denn aber überhaupt mit diesen sogen. politischen und historischen Ideen? Ich muß gestehen, daß sie mir allesamt, seitdem ich nicht mehr unbesehen auf die Worte gewisser Professoren schwöre, sondern sie selber unter die Lupe zu nehmen pflege, beträchtlich weniger Eindruck machen als früher. Ich habe beispielsweise bemerkt, daß diese Ideen, die in manchen Lehrbüchern so wundervoll absolut einherstolziert kommen, in der Regel nichts anderes sind als die zu gigantischen Ballons aufgeblähten Wünsche und Hoffnungen eines revolutionären Volkes. Dabei pflegt ihr Anspruch auf Absolutheit direkt proportional zur Kraft des zu überwindenden Widerstandes zu wachsen. Wir besitzen in der Schweiz deshalb nur ein ganz geringfügiges ideelles revolutionäres Schrifttum, weil alle unsere Volksbewegungen entweder verhältnismäßig rasch ihre Ziele erreicht oder aber sich an fremdes Ideengut weitgehend angelehnt haben. Jedoch, als die Franzosen 1789 mit ihrer tausendjährigen Monarchie Schluß machen wollten, da brauchten sie naturgemäß ganz gewaltig leuchtende Ideenraketen. So kommt es, daß die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit so hoch in den Himmel hinauf gestiegen sind, daß manch ein geistig Genügsamer tatsächlich glaubt, sie seien dort oben als Fixsterne festgewachsen.

Wie sah es in Wirklichkeit damit aus? Ganz kurze Zeit schon nach dem Ausbruch der Revolution hat es sich klar gezeigt, daß die hundertprozentige „Freiheit" zwar recht war, um dem König die Krone vom Kopfe zu fegen, daß man damit aber auch beim besten Willen nicht regieren konnte. So beschloß man prestissimo wenigstens zum Prinzip der Tugend zurückzukehren, die bekanntlich mit der Freiheit nicht immer auf dem besten Fuße steht. Die Gleichheit erwies sich gleichfalls als praktisch sehr unerwünscht; denn schon die Verfassung von 1791 schloß die Bedienten vom Stimmrechte aus. Von nun an goß die Revolution mit jedem Jahre mehr Führerwasser in ihren demokratischen Wein, bis sie bei der plebiszitären Demokratie Napoleons angelangt war. Jetzt war endlich wieder eine vernünftige und einigermaßen stabile Dosierung erreicht.

Die politischen Ideen sind eben niemals Selbstzweck, wie gewisse Ideologen im Zigarettenrauch ihrer Dachzimmer anzunehmen scheinen. Sie sind nur die Mittel, um aus den Fugen gegangene Staaten wieder in Form zu bringen. Ist aber die neue Form erreicht, so haben sie ihre Pflicht getan und dürfen abtreten.

Doch mehr als Frankreich kümmert uns heute die Schweiz. Wie steht es mit ihrem Schicksal im Lichte meiner Behauptung? Auch sie, so seltsam

es klingen mag, hat niemals reine Volksherrschaft gekannt. Auch ihre Regierungsformen waren immer eine Mischung aus Volksherrschaft und Führerschaft. Dabei hat sich im Lauf der Jahrhunderte manches gewandelt. Wir werden es am besten verstehen können, wenn wir uns zunächst der Vor- und Nachteile sowohl des volksherrschaftlichen Staates als des Führerstaates bewußt werden. Ich versuche aus methodischen Gründen zunächst den reinen Typus herauszuschälen, der aber, wie eingangs gesagt, in Wirklichkeit nie oder nur auf ganz kurze Zeit bestanden hat.

Die Vorteile des volksherrschaftlichen Staates sind ein Höchstmaß von materiellen Gütern für alle Schichten, eine enge Verbundenheit mit dem Staate, der täglich erlebt wird, für den Bürger das stolze Gefühl, über die Geschicke des Staates bestimmen zu dürfen. Die Nachteile sind ein schwerfälliger Apparat, da ein großer Teil des Volkes unmittelbar an der Herrschaft beteiligt ist; in Zeiten wirtschaftlicher Knappheit zeigen sich Schwierigkeiten der Willensbildung — da die Interessen der einzelnen Schichten widerstreitend und unversöhnlich sind — und letztlich eine Unfähigkeit geordneter Regierung. Eine allgemeine Unmöglichkeit der Planung auf weite Sicht ist ein weiteres Kennzeichen, denn die Mehrheit ist weitausschauendem Planen immer unzugänglich; daraus resultiert in Krisenzeiten Gefahr der Anarchie und auswärtiger Einmischung, je länger die Knappheit andauert.

Die Vorteile des Führerstaates sind ein Höchstmaß von Entscheidungskraft und Anpassung sowie die Möglichkeit, alle geistigen und wirtschaftlichen Hilfsmittel des Staates planvoll zu verbinden und auf ein fernes Ziel einzusetzen; daher kann Politik auf weiteste Sicht getrieben werden. Für den Staatsbürger ist als ferneres Plus das beruhigende Gefühl zu erwähnen, daß über dem Ganzen ein Vater wache. Die Nachteile sind ein allmähliches Nachlassen des nur aus gemeinsamer Arbeit und gemeinsam überwundenem Leid erwachsenden Patriotismus, da große Massen den Staat nicht mehr seelisch erleben. In Zeiten von Knappheit kann dies Manko gefährlich werden, da zugleich die Neigung besteht, den Führer dafür persönlich voll verantwortlich zu machen. Infolge des geschwächten Patriotismus ist die Gefahr der von der Opposition hervorgerufenen Einmischung des Auslandes und damit auch die der Anarchie besonders groß. Durch einen plötzlichen Wechsel in der Führerspitze ist überdies der Führerstaat immer in seiner Grundlage gefährdet.

In beiden reinen Fällen, so sehen wir, sind also die Nachteile beträchtlicher als die Vorteile. Just darum kennt die Praxis die reinen Typen nicht! Just darum erzeugt sie immer wieder, und in kürzester Frist, Mischtypen, welche Elemente aus beiden enthalten.

Wenn wir nun die Schweizergeschichte im Lichte dieser Erkenntnis betrachten, so dürfen wir ferner ihre republikanische Konstante nicht übersehen. Die Schweiz war nie etwas anderes als eine Republik und wird nie etwas anderes sein können. Die Führung bei uns ist demnach nie Erbführung, sondern immer Wahlführung und in der Regel, wenn auch nicht immer, Gruppenführung. Innerhalb dieser Grenzen aber können wir jetzt eine ganz wesentliche, bisher nie gemachte Unterscheidung vornehmen. Die Führung war nämlich bei uns abwechselnd eine **offene Führung** und eine **geheime Führung. Die Alte Eidgenossenschaft kannte in ihrem Staatsleben eine Mischung von offener Führung und Volksherrschaft, die Neue Eidgenossenschaft eine Mischung von geheimer Führung und Volksherrschaft.** Diese grundlegende Behauptung werde ich sogleich des Näheren ausführen. Um mich völlig klar zu machen, muß ich vorher aber noch mit einem weitverbreiteten Mißverständnis aufräumen.

Die Begriffe „Volksherrschaft" und „Demokratie", die wir, absolut genommen, als Uebersetzungen betrachten können, dürfen nämlich, historisch betrachtet, keinesfalls gleichgestellt werden. Wenn ich an die Alte Eidgenossenschaft denke, so bedeutet dort Volksherrschaft zunächst und fast ausschließlich Freiheit von ausländischen Bindungen. Nur davon redet der Bundesbrief von 1291. Und die Unfreiheit gegenüber den Herren aus dem eigenen Volke war ein wesentliches Kennzeichen der Alten Eidgenossenschaft. Sie ist am Uebermaß dieser Unfreiheit ja dann auch schließlich zugrunde gegangen. Wenn wir aber den Begriff Demokratie in der Neuen Eidgenossenschaft gebrauchen, so denken wir unwillkürlich an seine Ausprägung durch die französische Revolution. Dabei klingen die Postulate der Freiheit vom Staate und der Gleichheit der Bürger entscheidend mit. Doch mit dem sehr beschränkten Anteil an der Herrschaft, die der Bürger oder gar der Bauer der Alten Eidgenossenschaft besaß und seiner spezifischen Empfindungswelt hat das rein nichts zu tun. Die Berufung eines modernen Demokraten auf Wilhelm Tell oder eine ähnliche Gestalt der Befreiungsgeschichte stellt daher eine zwar beliebte, aber nichtsdestoweniger zu verwerfende Geschichtsfälschung dar. Weder wollte Tell die politische Gleichheit noch die Versammlungs- oder Pressefreiheit erkämpfen. Er wollte einfach von Leuten seines eigenen Blutes beherrscht und gerichtet werden.

Nun ist es allerdings keinesfalls so, daß die Neue Eidgenossenschaft gänzlich auf den importierten französischen Ideen und Schlagworten beruhe. Es hat sich vielmehr zwischen 1798 und 1848 ein allmählicher Durchdringungsprozeß zwischen diesen Ideen und den angestammten Ueberlieferungen vollzogen. Zuletzt haben allerdings die französischen Forderungen des Liberalismus und des Demokratismus, z. T. infolge der Engstirnigkeit der Patrizier (freiwilliger Verzicht des Berner Pa-

triziates auf politische Tätigkeit nach 1830, Debacle des Basler Patriziates infolge der Kantonsteilung), das Bild der neuen Schweiz doch entscheidend geprägt.

Dies vorausgeschickt, darf ich jetzt zu jener wichtigen Frage der offenen und der geheimen Führung zurückkehren und den Anteil der beiden im einzelnen festnageln.

In der Alten Eidgenossenschaft, für die abkürzenderweise auch der Ausdruck „Patrizische Schweiz" gestattet sei, haben wir bekanntlich Landsgemeindekantone, eigentlich patrizisch und zünftlerisch regierte Kantone. Die Führung wird im Verlauf der Geschichte immer ausgesprochener. In den Urkantonen wußten sich die regierenden Geschlechter, die schon bei der Gründung der Eidgenossenschaft die maßgebende Rolle gespielt hatten (Attinghausen, Stauffacher), zum Teil jahrhundertelang, manche bis in die Gegenwart (Reding) an der Macht zu halten; in den patrizischen Städtekantonen (Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn) sammelte sich die Herrschaftsgewalt immer stärker in einer kleinen Oberschicht an, den regimentsfähigen Familien, und selbst in den Zünftlerkantonen (Basel, Schaffhausen, Zürich, St. Gallen) bildete sich allmählich eine teilweise Geschlechterherrschaft aus. Im gleichen Maße ging die Ausübung der ursprünglich regelmäßigen Befragung des Landvolkes bei wichtigen Entscheiden (konsultatives Referendum) immer mehr zurück, um endlich ganz aufzuhören.

Wenn wir die gesamte Entwicklung überschauen, so stellen wir fest, daß sich der ursprüngliche Aristokratismus, d. h. die Führung durch die tatsächlich Besten und Tüchtigsten, später immer ausgesprochener in einen selbstischen und beschränkten Oligarchismus (Familienherrschaft) umwandelte. Daß in der oligarchischen Eidgenossenschaft des 18. Jahrhunderts ein von außen in eine Stadt Eingewanderter sich hätte zum Bürgermeister aufschwingen können, das war gänzlich undenkbar. Aber Waldmann konnte es zur Zeit des Aristokratismus am Ausgang des 15. Jahrhunderts.

Auf die Frage, weshalb die Führung sich auf Kosten der volksherrschaftlichen Elemente so stark ausdehnen, so sehr erstarren und verholzen konnte, gibt es mehrere Antworten. Den ursprünglichen Aufschwung nahm sie ganz sicherlich infolge der weitreichenden kriegerischen Verwicklungen des 14. und 15. Jahrhunderts. Denn Kriegführung wie auswärtige Diplomatie ist undenkbar ohne eine verantwortliche Führerschicht. Die nachmalige Erstarrung aber lag durchaus in der Richtlinie der europäischen Entwicklung. Die immer stärkere Abschließung der regimentsfähigen Geschlechter in der Patrizischen Schweiz geht mit der immer stärkeren Verhärtung des monarchischen Absolutismus in den umliegenden Groß- und Kleinstaaten völlig parallel.

Festzuhalten ist endlich dieses: bei dieser Führung handelte es sich durchwegs um offene Führung. Die gnädigen Herren repräsentierten in jeder Beziehung als Herren. Mit den Vorrechten der Führung nahmen sie auch freudig und offen die entsprechenden Verpflichtungen auf sich. Bern war 1798 ein wirtschaftlich und administrativ mustergültig verwaltetes Staatswesen, das eben seiner wirtschaftlichen Blüte wegen die Habgier der Sanskülotten erweckte.

Werfen wir nun einen Blick auf die offiziell seit 1848 bestehende Neue Eidgenossenschaft, die wir auch die liberal-demokratische Schweiz nennen können. Auch sie konnte, wir wissen weshalb, nicht ohne Führung bestehen. **Aber das Befremdende und Bedenkliche ist, daß dieser Staat die Führung, ohne die er in der Praxis nicht auskommen kann, in der Theorie ständig verleugnet. Er beruht ja auf dem importierten geistigen Prinzip, daß es keine Führer geben dürfe, daß das ganze Volk den Staat trage und führe. Mithin ist die Staatsführung in der Neuen Eidgenossenschaft ständig mit einem schlechten Gewissen erfolgt. Die Führung hat sich andauernd verleugnen, verbergen, maskieren müssen. Aus der offenen ist sie so zu einer geheimen geworden!**

Näher betrachtet, ging es folgendermaßen zu: Die Führung erhielt jetzt zu ihrer ursprünglichen Aufgabe, Ziele zu setzen und Auseinanderstrebendes zu vereinigen, noch zwei weitere aufgebunden. Die eine war die bittere Notwendigkeit, das Prinzip der Führung theoretisch ständig zu verleugnen und dem Volke andauernd weiszumachen, es werde ja gar nicht geführt, sondern sei hundertprozentig souverän. Die andere, noch bitterere Zwangsaufgabe war die, zu gleicher Zeit auf allerlei Schleichwegen (Wahlgeometrie, Verschleppung und Zusammenlegung von Abstimmungen, Mißbrauch der Dringlichkeitsklausel) dem Volke dennoch Willen der Führung aufzuzwingen.

Diese drei Aufgaben — Ziele zu setzen, die Zielsetzung zu verleugnen, die Zielsetzung zu erschleichen — konnten selbstverständlich nur unter den größten Schwierigkeiten zu gleicher Zeit durch die gleichen Menschen durchgeführt werden. Und diese Schwierigkeiten wuchsen von Jahr zu Jahr. An ihnen sind zuletzt, wenn die Dinge auch jedesmal wieder ein wenig anders lagen, die Bundesräte Musy, Haeberlin und Schultheß zu Fall gekommen. In ruhigen Zeiten schien die Verquickung freilich nicht unmöglich zu sein. Darum konnte die Verlogenheit des Zustandes ja auch so lange unerkannt bleiben.. Unsere heute geschärften Augen ersehen freilich nun die Risse auch schon in den Anfängen deutlich. Der ganze innenpolitische Verlauf seit 1848 ist doch schließlich der gewesen, daß unter Berufung auf die Souveränität des Volkes andauernd noch demokratischere Oppositionen (Demokraten, Grütlianer, Sozialdemokraten) entstanden sind, deren theoretische Ueberlegenheit , da ja das ganze Staatswesen auf der Grundlage der Demo-

tratie beruhte, keine herrschende Gewalt bestreiten konnte. Mithin mußte das Bedürfnis der Führung, sich zu tarnen, mit jeder oppositionellen Welle anwachsen. Es konnte daraus nichts anderes entstehen, als daß die Führung, um diesen ständigen Angriffen auszuweichen, sich allmählich überhaupt aus der politischen Arena zurückzog und hinter der Politik Stellung bezog. Aus einer vorerst nur getarnten erwuchs so die eigentlich geheime Führung! Der Sturz Alfred Escher zeigte es den Wirtschaftsführern deutlich, daß ihre Belange viel besser zu sichern seien, wenn sie sich persönlich aus der politischen Arena zurückzögen und sich dort durch ihre Kreaturen vertreten ließen. Was ursprünglich nur einzelne getan, wurde später immer mehr zur geltenden Praxis. Gleichzeitig verlegten sich in dem Maße, als die Banken wichtiger wurden als die Industriekapitäne, die maßgebenden Besprechungen in die geheimen Beratungszimmer der Finanzinstitute, in denen Regierungsmänner zuletzt nur noch zitternd dem entscheidenden Ja oder Nein anonymer Mächte entgegensehen durften. Es war nur logisch, daß zu gleicher Zeit die Debatten in den Ratsälen von Jahr zu Jahr belangloser und für die tatsächlichen Veränderungen gleichgültiger wurden. Aus einem einst leidenschaftlichen Kampfe um letzte Werte entarteten sie immer mehr zu seichtem Geplapper und leichtfertiger Spiegelfechterei.

Bedarf es nun aber besonders großen Scharfsinnes, um einzusehen, **daß von dem Augenblicke an, da die Politik nicht mehr durch ihre eigentlichen Führer gemacht wird, sondern durch die Strohmänner geheimer, höchst interessierter Drahtzieher, dem Mißtrauen Tür und Tor geöffnet ist?** Des unkontrollierbaren Einflusses der sich weitgehend in jüdischen Händen befindlichen internationalen Hochfinanz sowie der internationalen Leitung der Freimaurerei braucht in diesem Zusammenhang nur beiläufig Erwähnung getan zu werden, damit man sich der Größe der Gefahr bewußt werden wird. Vielfache Berechtigung ist dem wachsenden Mißtrauen schon deshalb nicht abzustreiten, weil angesichts der internationalen Verflechtung von Industrie und Finanz das Abgrenzen nationaler und antinationaler oder mindestens anationaler Belange selbst für die Nächstbeteiligten heutzutage die allergrößten Schwierigkeiten bietet!

Nun wird aber doch wohl niemand leugnen wollen, daß auch unser gegenwärtiger Staat Führung ausübt. Ihre Maßnahmen wirken sich in der Regel sogar viel einschneidender und zwingender aus, als die seinerzeit auf den Kanzeln verkündeten Mandate der gnädigen Herren.

Die Gewalt des heutigen Staates, sowohl des schweizerischen als des kantonalen, ist unendlich viel ausgedehnter und viel umfassender. Zugleich aber ist es das Wesen dieses Staates, daß seine einschneidendsten Amtshandlungen nicht mehr der Ausfluß einer in der Oeffentlichkeit vorsichgehenden Willensbildung sind. Die Parlamente stellen ja nur die Fassade dar, hinter denen erst die wirklichen Mächte: die Par-

teien, Banken, Aktiengesellschaften, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in wohl verschlossenen Kammern die Entscheide der „Volksvertretung" zum voraus fällen. Die Regierungsmänner aber sind deren direktem und deshalb noch viel wirksamerem Drucke in, verglichen mit früheren Zeiten, ganz unerhörtem Maße ausgesetzt!

Im Zürich der Alten Eidgenossenschaft waren die Ratsherren identisch mit den Wirtschaftsvertretern. Die Zünfte bildeten den Rat. Im Zürich der neuen Schweiz liefert der Rat nur noch Scheingefechte. Parteien, Banken, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften entscheiden. Ihr unsichtbarer und unkontrollierbarer Druck auf die einzelnen Regierungsmänner erscheint aber für die Erschütterung des Vertrauensverhältnisses noch viel gefährlicher. Denn was diese getarnte Führung als fast unerträgliche Tyrannis wirken läßt, ist, daß wir auch niemals wissen können, wieviel der geheimen Drahtzieher unseres Blutes und unseres Volkes sind, wieviel aber vom Ausland her durch allerlei unfaßbare Kanäle an den großen Entscheidungen, die für uns Leben oder Tod bedeuten, sich mitbeteiligen.

Daß es so gekommen ist, ist das Ergebnis einer Wechselwirkung. **Es ist schicksalhaft so gekommen, weil die Führung einzelner zwar lebensnotwendig ist, die Neue Eidgenossenschaft, die auf der Fiktion der Souveränität des ganzen Volkes beruht, sie aber in der Theorie ablehnen mußte.** Aus dieser ursprünglichen Unehrlichkeit entstand im Laufe der Jahrzehnte das ganze Gewebe von Lug und Trug und Mache und Fälschung, das den heutigen Zustand kennzeichnet, in dem sich freilich die typischen Systemspolitiker so wohl zu befinden scheinen wie die Fische im Wasser. Längst hat es aber anderseits auch dazu geführt, daß Eidgenossen mit einem gewissen Reinlichkeitsbedürfnis — die Vorerneuerungsliteratur hat das seit Jahren festgenagelt — sich der aktiven Politik entzogen, längst auch dazu, daß große Volksteile in ihrer Verzweiflung sich in den Negativismus des prinzipiellen Neinstimmens geflüchtet haben. Die letzten Abstimmungen haben deutlich gezeigt, daß an diesem fortschreitenden Verzweiflungsnein das Referendum zuletzt zerbrechen mag. Ein erschreckendes, ein wahrhaft beängstigendes Symptom der Entartung des Zustandes reiner Demokratie.

Wenn die liberaldemokratische Schweiz nach knapp einem Jahrhundert Wirksamkeit so die Volks- und Staatssubstanz völlig zu zerstören vermochte, während die patrizische doch immerhin gut die dreifache Zeitspanne hindurch ihre Söhne glücklich und wohlhabend zu machen gewußt hat, so sind zur Erklärung noch drei weitere, das Uebel verschärfende Gründe anzuführen.

Der erste ist die ungeheure Verstärkung des individualistischen und des materialistischen Denkens in allen Schichten des Volkes. Gegenüber

dieser allgemeinen Zeiterscheinung zeigte sich unser Staat, der die individuelle Freiheit zu einer seiner obersten Maximen erhoben hatte, selbst dort, wo er sich noch offiziell zu einer Staatskirche bekannte, fast völlig machtlos.

Der zweite ist die Tatsache, daß der Freisinn von 1848—1918 ohne Unterbruch als Mehrheitspartei die Schweiz regierte. Nie in der Opposition, konnte er sich nie in Verfolgung und Not erneuern. So schwand seine Geistigkeit und Moral im verzehrenden Feuer einer progressiven Führerdegeneration von Jahrzehnt zu Jahrzehnt unrettbarer dahin.

Der dritte Grund ist mit der Entartung Aristokratismus-Oligarchismus in der patrizischen Schweiz in Parallele zu setzen. Wie sich dort durch zielbewußte egoistische Familienpolitik der Staat allmählich in die Domäne einer fest begrenzten Anzahl von Familien umwandelte, so haben auch die führenden Familien des aufsteigenden Freisinns versucht, sich und Ihresgleichen am Ruder und an der Krippe zu erhalten. **Das gefügige Werkzeug dafür erhielten sie in einer Anzahl von Kantonen in den Freimaurerlogen. Die schweizerische Freimaurerei hat in reichlichem Maße das Ihrige dazu beigetragen, die freie Zirkulation der Eliten, die das Lebensprinzip der Republik bilden sollte, abzustoppen und die führende Schicht des Freisinns zu einem versippten und geheim gebundenen Klüngel von Despötchen sich auswachsen zu lassen, in deren Köpfen politische, wirtschaftliche und familiäre Interessen sich zu einem auch ihnen selber völlig unentwirrbaren Knäuel zusammenballten.**

Es wird jedermann einleuchten, daß eine Führung, die ständig neben ihrer eigentlichen Aufgabe noch mit der Notwendigkeit belastet ist, sich als Führung zu verteidigen und zugleich deren Existenz wegzudisputieren, den an sie gestellten Anforderungen viel weniger gerecht zu werden vermag als eine Führung, die von vorneherein als Führung anerkannt ist. Jede Führung wird ferner nur von Erfolg begleitet sein, wenn sie über ein gewisses Kapital von Vertrauen im Volke verfügen kann. Durch die erwähnten vielfachen Fehlentwicklungen erscheint dies heute im schweizerischen Volke aber als völlig aufgezehrt. Und doch haben wir noch lange nicht alle Schattenseiten des herrschenden Systems aufgezeigt. Die Führung entartete auch ganz wesentlich durch das Ueberhandnehmen des Kommissionenwesens. Bekanntlich nimmt ja immer die Verantwortung in dem Maße ab, in dem sie geteilt wird. Das Kommissionenwesen ist aber seit der Einführung des proportionalen Wahlverfahrens ausgesprochen zum Kommissionenunwesen geworden, zur leer klappernden, aber ein ungeheures Geräusch vollführenden Papiermühle! Seit dieser Zeit ist auch der letzte Rest von planvoller Gestaltung des politischen Lebens aus unserem Parlament entwichen. Seine gesetzgeberische Tätigkeit hat sich in einen endlosen Rattenschwanz von kurzfristigen Kuhhändeln

aufgelöst. Aber schon nützt auch das nichts mehr! Die so mühsam zusammengestoppelten, grundsatz- und planlosen Gesetzesvorlagen werden vom Volke am Ende dennoch nun fast schon regelmäßig verworfen. Wo dies eindeutig zur Katastrophe führen müßte, behilft sich das Parlament mit dem Verlegenheitsmittel, das Gesetz unter „Ritzung der Verfassung" der Volksabstimmung zu entziehen. Es bezahlt diesen Scheinerfolg aber teuer genug mit einem noch weiteren Schwinden des schon ganz minim gewordenen Kapitals an Vertrauen.

Wenn wir abschließend alle diese Entartungserscheinungen der gegenwärtigen Eidgenossenschaft überblicken, so können wir nicht umhin, festzustellen, daß die liberaldemokratische Schweiz zwar ebenfalls wie die patrizische eine Staatsform aufweist, die eine Mischung von Volksherrschaft und Führergedanken darstellt, daß sie aber heute unzweifelhaft durch eine bedenkliche Ueberdosierung von Demokratismus und eine nahezu lebensgefährliche Unterdosierung des Führergedankens gekennzeichnet ist. Die erst getarnte, später geheim gewordene Führung ist in ihrer eigentlichen Natur heute so völlig verfälscht und unwirksam, daß der Zustand einer reinen, d. h. führerlosen Demokratie beinahe erreicht erscheint.

Demgegenüber zeigt aber der flüchtigste Blick auf die Geschichte, daß es von der führerlosen, reinen Demokratie zu völliger Anarchie und Auflösung nur ein winziges Schrittchen ist, und ebenso, daß internationale Krisenzeiten allerorten nicht eine Unterdosierung, sondern eine Ueberdosierung des Führergedankens gebieterisch erfordern! In gefährlichen Zeiten muß ein Volk wissen, wohin es geht, oder es tappt in den Abgrund! Zwischen Volk und Führung kann aber nur dann ein fruchtbares Verhältnis von Geben und Nehmen bestehen, wenn die Führung eine schrankenlos offene ist!

Auch die Schweiz kann sich dieser historischen Notwendigkeit nicht entziehen. Sie aus dem Bereiche theoretischer Erörterung in die Tat umzusetzen, das ist der eigentlichste Sinn der Erneuerungsbewegung. Wie die europäischen Verwicklungen im 14. und 15. Jahrhundert das Herausbilden einer ausgesprochenen und offenen Führung in den ursprünglich wohl stärker volksherrschaftlich regierten Orten der alten Eidgenossenschaft erzwungen haben, so erzwingt heute die Notwendigkeit, unserm Staate, in Hinsicht auf das völlig veränderte Europa, Bereitschaft und Geschlossenheit zu verleihen, **den alsbaldigen Umbau der liberaldemokratischen Eidgenossenschaft des 19. Jahrhunderts zu einer neuen Eidgenossenschaft, in der Volksherrschaft und Führung wieder in organischer Wechselwirkung stehen können.** Wir nennen diese Demokratie autoritär-plebiszitär. Ihre Pole sind einerseits der Gesamtheit des Staatsvolkes, anderseits über einem Bundesrat der Staatspräsident, der Eidgenössische Landammann. Aus dem Wechselspiel der Willensimpulse, die zwischen den beiden Polen hin- und her-

gehen, entsteht in der Hauptsache die Politik des Staates. Die gesetzgeberischen, heute völlig entarteten Organe werden wieder auf ihre ursprüngliche Funktion der Beratung zurückgedrängt.

Es erscheint uns, daß das Prinzip der offenen Staatsführung, das wir aus der Patrizischen Schweiz übernehmen würden, verbunden mit regelmäßiger Volkswahl, Volksbefragung und Abberufungsrecht gegenüber der Staatsspitze, was wir aus der liberaldemokratischen Aera übernehmen resp. neu zufügen möchten, verglichen mit den beiden andern eine nicht nur dritte, sondern auch h ö h e r e F o r m darstelle, ja, daß durch sie unserm Staatswesen erst eigentlich seine dauerhafte und seinem tiefsten Wesen entsprechende Gestalt geschenkt werden könnte.

Hoffen wir, daß eine Verwirklichung dieser Aussichten möglich sei, ehe ungemeine kriegerische Ereignisse zugleich mit unserer ausgelaugten und unbrauchbar gewordenen Staatsform auch deren Inhalt, das uns heilige Schweizervolk, aufs höchste gefährden! Wir dürfen nicht rasten noch ruhen, das Werk zu beschleunigen! Denn wichtiger als unser persönliches Schicksal ist das Schicksal des Volkes. Und wichtiger als das gegenwärtige ist das zukünftige Volk. Wichtiger als wir alle, die heute leben, sind die zahllosen Geschlechter, die uns auf der Heimaterde einst nachfolgen werden.

3.

Wirtschaftliche Reform.

Ständische Wirtschaft und ständische Wirtschaftsmoral.

Wenn man in der Tagespresse die Diskussion über den Ständestaat verfolgt, so kann man sich oft eines Staunens wenig erwehren. Hier fragt einer, wie der Ständestaat denn mit der Demokratie vereinbar sei, dort ein anderer, ob man garantieren könne, daß er die föderalistischen Belange nicht störe, und ein dritter gar wirft die Frage auf, wer eigentlich dafür einstehen werde, daß der Produktion darin keine Fesseln angelegt würden.

Es sieht manchmal gerade so aus, als ob der Ständestaat ein mechanisches Spielzeug sei, das man nach Belieben abschnurren lassen könne oder auch nicht. Als ob es sich nur darum handle, es aus einem Kasten zu nehmen.

Solchen Leuten kann nur immer wieder gesagt werden, daß der Ständestaat kein Spielzeug ist. Er ist eine Aufgabe. Er ist die Aufgabe unseres Jahrhunderts, mit der wir besser oder schlechter fertig werden können. Aber uns ihr entziehen, das können wir nicht!

Es ist allerdings äußerst schwierig, Leuten, die seit Jahrzehnten mechanistisch zu denken gewohnt sind, einen Gedanken beizubringen, der durchaus auf dem organischen Denken beruht. Insbesondere sind unsere Sozialisten durch den Marxismus in ihren Denkgewohnheiten völlig verpfuscht. Sie sind dermaßen in diesen längst überholten Gedankengängen verstrickt, daß eben kürzlich noch Robert Grimm (Schluß seiner „Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz") im Zusammenbruch des kapitalistischen Systems eine Garantie für die Richtigkeit des kommunistischen Manifestes ersehen wollte.

Gewiß steht das spätkapitalistische System vor seinem Zusammenbruch. Aber damit ist für die Zukunftsaussichten des Marxismus dennoch nicht das geringste bißchen bewiesen. Es kann einer ein noch so großer Kunstkritiker sein, muß er deshalb malerische oder zeichnerische Talente besitzen? In der Regel ist es umgekehrt. Je reiner die kritische Begabung, desto geringer die schöpferische Kraft. Niemand hat Marx je die kritische Begabung abgesprochen. Sie ist das Beste, was dieser racheschnaubende Abkömmling einer alten und heimatlos-müden Rasse besaß. Aber gerade

darum hatte er das andere nicht, das einzig die Welt vorwärts treibt: die Schau der Zukunft, den göttlichen Funken, die Kraft, neue Wege zu sehen. Er hat zeitlebens nur dieses säen wollen: Haß, Empörung und Aufruhr. Um sich und seine Rasse an den Gewalthabern zu rächen, denen er die Schuld am Fiasko seiner Universitätskarriere zuschrieb. Die Saat ist aufgegangen. Ein Großteil der europäischen Arbeiterschaft hat auf seinen Namen schier wie auf den Heiland geschworen. Aber ist sie dadurch glücklicher geworden? Wo immer sie ihm doch die Frage der Zukunft gestellt hat, da hat der unheilvolle Verführer in Schweigen verharrt.

Heute ist es sonnenklar: Der Marxismus war nicht der Ueberwinder, nicht der Ablöser des Kapitalismus. Er war nur dessen Kehrseite. In dem Maße, in dem der Kapitalismus anwuchs, wuchs auch der marxistische Sozialismus. Erst Großbetriebe sind der richtige Boden für den Proleten. Erst Großstädte erzeugen Mietskasernen. Erst Mietskasernen bilden ergiebigen Humus für Kommunistenzellen. Indem sie aber beide immer stärker hineinwuchsen in den rücksichtslosen Klassenkampf, in dem sie beide sich verbissen aneinander und sich im Zweikampf umklammerten, der seelenlose Kapitalismus und der seelenlose Marxismus, erzeugten sie aus sich heraus das Gegenprinzip, das sie beide nun überwinden wird, weil es beider Kind ist und somit beide enthält.

Diese Wahrheit wird, verknüpft mit einer zweiten, noch deutlicher ins Bewußtsein dringen. Sie heißt so: Es herrscht in der Welt ein ewiger Wechsel, ein ewiges Auf und Ab, zwischen lösenden, analytischen Zeiten und solchen, in denen dem Gegenprinzip, dem der Bindung oder der Synthese der Sieg zufällt. Man kann die Weltgeschichte gewissermaßen als ein Zwiegespräch, als einen dialektischen Prozeß, zwischen lösenden und bindenden Zeitaltern auffassen.

Im Lichte dieser Erkenntnis war das 19. Jahrhundert im Wesentlichen ein lösendes Zeitalter. Die beiden Hauptströmungen, die es kennzeichnen, der Kapitalismus und der Marxismus, standen gemeinsam, wenn schon verfeindet, gegen alle Reste der früheren Bindungen. Beide überboten sich im Lösen, Zersetzen, Zerreißen. Zur Freude der Juden, die jetzt endlich sich ausleben durften in dem, was ihre Stärke ist: im Lösen, Zersetzen, Zerreißen. Da triumphiert ja der Analytiker, der Kritiker, der Dialektiker. So hat der Jude nach Kräften diesen Prozeß beschleunigt. Auf allen Gebieten! Es ging ihm nie schnell genug. Darum treffen wir den Juden überall, wo sich der Zersetzung ein fruchtbares Tätigkeitsgebiet öffnet. Und da er vorausgeht, reißt er die andern mit. Zu Rekordleistungen! In den Städten gibt er den Ton an mehr und mehr. (New York soll ein Drittel Juden zählen). Denn Stadtluft macht das Blut dünn und das Gehirn überscharf. In den Städten wird analytischer Intellekt groß und mächtig. In den Städten wird der Kapitalis-

mus groß. Und in den Städten wird der Marxismus groß. In den Städten wird zuletzt von Juden und Christen gleichermaßen jegliche Bindung zerlacht und zerschwatzt.

Aber nun, da die Zersetzung zu Ende gediehen, da Europa restlos zerrissen ist — nun scheint der Drang nach Bindung wieder übermächtig zu werden. Und wie das 19. Jahrhundert immer stärker löste und zerriß, so wird unser 20. Jahrhundert nun immer stärker wieder binden und heilen müssen. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unsere Sendung. Wirtschaftlich gesprochen heißt das: Es ist die Mission des gegenwärtigen Geschlechtes, auf den Trümmern der spätkapitalistischen Wirtschaft den Ständestaat zu errichten.

Jedoch steigt das feinskräftige Neue nie aus dem völligen Nichts auf die Erde hernieder. Es löst sich vielmehr aus dem sterbenden Alten, wie der Schmetterling sich aus der Puppe löst. Es gibt nie einen schroffen Bruch, wenn auch gewisse Einschnitte nicht zu vermeiden sind. So bedeutet auch der Ständestaat gegenüber dem Kapitalismus wie dem Marxismus etwas Drittes, Neues. Aber zugleich enthält er sie auch. Und darum ist er ihnen überlegen und darf an ihre Stelle treten. Weil er, was sie an Gutem geborgen haben, in neuer und höherer Form in die Zukunft trägt! Thesis, Antithesis, Synthesis, so hat diesen Ablauf Hegel genannt, der Marxens philosophischer Lehrmeister war. Und ein bedeutend tieferer Denker als er! Ein umfassender, ein synthetischer Denker! Aber Marx konnte ihn nicht verstehen. Er mußte ihn mißverstehen. Weil er ein Jude war. Denn fast nie kann ein Jude synthetisch oder organisch, d. h. umfassend denken. Die Sphäre, wo er brilliert, ist das einseitig analytische oder mechanistische Denken. Das ist seine Tragik.

Die unsere aber ist es, daß soviele Christen durch dieses einseitige und darum falsche Denken verwirrt und verdorben wurden, so sehr, daß sie sich kaum mehr davon losreißen können. So sehr, daß sie beispielsweise meinen, sie hätten etwas ausnehmend Gescheites gesagt, wenn sie von uns ein fix und fertiges Programm für mindestens fünfzig Jahre im voraus verlangen. Daß sie glauben, uns durch spitzfindige Fragen verblüffen zu können, wie wenn wir in einer Talmudschule säßen; daß sie sich allen Ernstes einbilden, einen Staat neu zu bauen, das sei ein Zusammensetzspiel. Ueberzeugen kann man solche Leute nicht. Man kann sie in ihrer scheinbaren Sicherheit einzig durch Taten erschüttern. Denn was hilft es, wenn man ihnen wieder und wieder bedeutet, daß der Ständestaat eine Aufgabe sei und kein Rechenexempel. Wenn sie nicht fühlen können, was das ist: eine Aufgabe!

Nur darauf aber kommt es an, daß wir dieses begreifen. Daß wir einsehen: Zehntausendmal wichtiger als das schönste Tableau des ständischen Aufbaus ist es, wenn wir zutiefst erfassen, daß der Ständestaat erst dann wahrhaft ins Leben treten wird, wenn die neue Wirtschafts-

moral die Menschen ergriffen hat. Der Ständestaat ist kein Automat. Er ist das Gegenteil. Er ist ein Organismus. Und wie jeder Organismus, kann er nur dank seiner Seele leben. Diese Seele aber ist die Summe der neuen Wirtschaftsmoral, die seine Träger verkörpern.

Wir haben deshalb auch immer gesagt, und man kann es nicht oft genug wiederholen, daß wir nicht bloß eine politische und nicht einzig eine wirtschaftliche, sondern daß wir vor allen Dingen eine ethisch-religiöse Erneuerung brauchen, ja, **daß die politische und wirtschaftliche Erneuerung, wenn sie nicht von der ethisch-religiösen Seite her ständig in der Tiefe gespiesen wird, überhaupt nicht die geringste Wahrscheinlichkeit hat, unser Volk wahrhaft und völlig umkrempeln und durchdringen zu können.** Wie diese neue Wirtschaftsmoral aber beschaffen sein muß, das will ich jetzt in einfachen Worten sagen. Ich wiederhole dabei, was vor vielen Jahren einer der größten Vertreter des christlichen sozialistischen Englands gefordert hat. Dies die bedeutsame Forderung Ruskins: Der Wirtschaftsführer muß sich genau so sehr wie der Richter, der Arzt, der Offizier als ein Diener seines Volkes und seines Staates empfinden. Wie der Richter bei Gefahr seines Lebens Recht sprechen muß, wie der Arzt bei Gefahr seines Lebens Hülfe leisten, wie der Offizier bei Gefahr seines Lebens sein Land verteidigen muß, **so muß der Wirtschaftsführer bei Gefahr seines Lebens dafür sorgen, daß die ihm anvertrauten Volksgenossen Arbeit und Brot haben in guten und schlechten Zeiten. Und wenn er nachlässig und bequem in seiner Dienstleistung ist, so wird er bestraft, wie der nachlässige Richter bestraft wird, wie der pflichtvergessene Arzt bestraft wird, wie der Offizier bestraft wird, der seine Fahne verläßt oder sich ergibt ohne äußerste Not.**

Damit ist eigentlich das Wichtigste ausgesagt. Denn wenn der Staat einmal so beschaffen ist, daß die Wirtschaft eingeordnet ist, dann werden auch die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um diese Wirtschaftsverantwortung für jeden einzelnen Wirtschaftsführer haargenau festzulegen. Dann werden die Wirtschaftsführer ganz andere Talente und Tugenden entwickeln müssen, als sie sie heute zeigen, oder sie werden eben andern Platz zu machen haben. Die Tugenden des vorsorglichen Hausvaters, wie sie frühere Jahrhunderte mit dem Begriff des Wirtschaftens eng zusammengesehen haben, die das 19. Jahrhundert, das Jahrhundert der Ueberfülle und des sorglosen Leichtsinns, bedeutsam beeinflußt von der Unmoral des jüdischen Spekulantentums, dann aber weitgehend verludert hat, sie werden wieder zu hohen Ehren gelangen. Ein Ende hat es dann mit jenen „Wirtschaftsführern", deren einziges Ziel das möglichst rasche, möglichst mühelose Erraffen von Geld und Gewinn ist, ein Ende mit all jenen parasitären Existenzen, die heute, nachdem sie ganze Wirtschaftszweige ruiniert haben, nicht rasch genug über die Grenze flüchten können.

Da aber unser jetziger spätkapitalistischer Betrieb, unser ganzes Bank-, Börsen- und Aktienwesen nur auf den rassenden Kapitalisten zugeschnitten ist, aber kein kleines bißchen auf den kommenden, fürsorglichen Wirtschafter des Ständestaates, so ist es klar, daß von allen diesen heute geltenden Rechtssätzen im reinen Ständestaat (den wir vielleicht in fünfzig Jahren haben werden, wenn wir uns alle mit letzter Hingabe ins Zeug legen) kein einziger mehr Geltung haben wird. Und weil unsere heutige schweizerische Verfassung von der Voraussetzung der freien kapitalistischen Wirtschaft ausgeht, weil sie zwar allerlei von wirtschaftlichen Freiheiten, aber kein Wort von wirtschaftlicher Verantwortung enthält, deshalb haben wir als ersten Schritt die Revision der Verfassung verlangt. Von der neuen Verfassung fordern wir, daß sie wenigstens den gesetzlichen Rahmen schaffe, innerhalb welchem sich der Ständestaat dann langsam und organisch aufzubauen hat.

Ständischer Geist ist von kapitalistischem Geist also so verschieden wie Wasser und Feuer. Wie er aber auch vom marxistischen Geiste verschieden ist, das aufzuzeigen mögen die zwei folgenden, kennzeichnenden Beispiele helfen. Das erste ist wirtschaftlicher, das zweite seelischer Art. Die Verstaatlichung der Wirtschaft ist, wie jedermann weiß, eine der ältesten und ständigsten marxistischen Forderungen. Diese Forderung aber beruht auf der stillschweigenden Annahme, daß ein Betrieb um so rationeller arbeite, je größer er ist. In der Theorie müßte folglich aus der restlos verstaatlichten Industrie das Maximum der Rendite zu Gunsten der Volksgemeinschaft herausschauen. Nun hat aber die Erfahrung gezeigt, und seit einigen Jahren liefert die Statistik den eindeutigen Beweis dafür, daß dem keineswegs so ist. Großbetriebe haben sich als wesentlich krisenempfindlicher erwiesen als Kleinbetriebe. Das ist eine der typischen Widerlegungen des allzu einseitigen marxistischen Denkens durch die Entwicklung des organischen Lebens. Da das Ziel der Volkswohlfahrt auf diesem Wege also nicht am besten zu verwirklichen ist, muß das Mittel — die Verstaatlichung — als überholt und untauglich geworden abgelehnt werden.

Der zweite, noch viel größere Irrtum des Marxismus war der, zu glauben, daß der Arbeiter in alle Ewigkeit auf sein Proletariertum, d. h. seine Vaterlandslosigkeit stolz sein werde. Diesen „Verzweiflungsstolz" benötigte Marx freilich dringend, um seine Internationale derer, die nichts als die Ketten zu verlieren hätten, aufzuziehen. Wir wissen jetzt aber, daß es niemals wirklich gelungen ist, den breiten Massen der Arbeitnehmer dieses Gefühl einzuimpfen, daß es immer nur in der heimatlosen jüdischen Führerschaft des Marxismus eine seelische Wirklichkeit war, daß es selbst in den reinsten Industrieländern nur höchst unvollkommen gelang, die Nabelschnur restlos durchzuschneiden, die den Arbeiter mit seinem Mutterboden und Vaterland verbindet. Heute erkennt der Arbeiter das

hölliſche Trugbild, das ihm jahrzehntelang vorgegaukelt wurde, als das, was es iſt. Er beginnt zu ahnen, daß es für ihn tatſächlich nur dieſe eine erſtrebenswerte Zukunft geben kann und darf: **den Ständeſtaat mit ſeiner gerechten Entlöhnung für alle, ſeinem Schutz vor Arbeitsloſigkeit, ſeiner Achtung vor jeder dem Volkswohl dienenden Arbeit und den daraus abgeleiteten wirtſchaftlichen Beratungs- und Wahlrechten.** Der Ständeſtaat iſt imſtande, ihm dieſe Dinge zu gewährleiſten, weil er der Herr der Wirtſchaft iſt, nicht ihr ohnmächtiger Diener, wie es der liberale Staat in bezug auf die kapitaliſtiſche Wirtſchaft war. Und er will ſie gewährleiſten, weil in ihm das echte ſozialiſtiſche Fühlen ſchwingt, das auf der Liebe des Chriſtentums beruht — im Gegenſatz zum Marxismus, in dem der jahrtauſendealte Haß des Judentums flackert! *Dies echte ſozialiſtiſche Fühlen und die Sehnſucht nach der wahren Volksgemeinſchaft aber ſind ein- und dasſelbe.* Die Möglichkeiten der Verwirklichung freilich, das ſei nochmals unterſtrichen, liegen auf keinem Servierbrett ausgebreitet. Sie müſſen erkämpft und erduldet werden. Organiſch müſſen ſie wachſen aus einem gedanklich-ſittlichen Reifungsprozeß des geſamten Volkes! Dieſer Reifungsprozeß wird aller menſchlichen Vorausſicht nach Jahrzehnte in Anſpruch nehmen. Und er wird nicht ohne Erſchütterungen, nicht ohne Umkrempelungen gewaltigſten Ausmaßes vor ſich gehen. Ein Großteil der Wirtſchaftsführung wird in andere Hände zu legen ſein. Vor allem wird das Element der geriſſenen Spekulation, des ſyſtematiſchen Betrugs und der konſequenten Pfuſcherei, das den Spätkapitalismus ſo eindeutig kennzeichnet, aus dem Wirtſchaftsleben radikal verſchwinden müſſen. Während heute jeder hergelaufene Lump ein Geſchäft eröffnen oder ſich als Handwerksmeiſter etablieren kann, wird der Ständeſtaat eine ſtrenge Ueberwachung des geſamten Unternehmertums, vornehmlich auch nach der ſittlichen Richtung bringen. Selbſtändige Unternehmer oder gar Wirtſchaftsführer werden nur durchaus ſolide Elemente werden dürfen. Je höher das Amt im Gebäude der ſtändiſchen Ordnung, deſto höhere Anſprüche werden von der Volksgemeinſchaft an ihre Inhaber geſtellt werden müſſen.

Dieſe ſtrenge Ueberwachung der oberen Organe der ſtändiſchen Ordnung teils durch die Berufsſtände ſelbſt, teils durch ſtaatliche Funktionäre, iſt notwendig, weil ja das Aufeinanderangewieſenſein von Arbeitnehmer und Arbeitgeber im ſtändiſchen Staate ein viel engeres iſt als innerhalb der heutigen Ordnung. Manche ſoziale Werke, auch die Berufsbildung, die heutzutage notgedrungenerweiſe der Staat übernehmen muß, weil er ja ſelber die alten ſtändiſchen Organe dafür abgeſchafft hat, gehen in der ſtändiſchen Ordnung wieder in die betreffenden Berufszweige über, die ſie in der Regel viel zweckmäßiger und angepaßter durchführen können. Infolge dieſer Elaſtizität wird ſich auch deren Kriſenſicherheit erhöhen.

Außerdem sind die berufsständischen Einrichtungen vor allem geeignet, die Summe der menschlichen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sei es innerhalb eines Betriebes oder innerhalb einer Berufsgruppe, ganz bedeutend zu vertiefen und zu veredeln. Ja, es werden eine ganze Anzahl seelischer Bindungen neu entstehen, die heute vollständig abgerissen und verschwunden sind. Umso wichtiger aber ist, wie gesagt, die Möglichkeit der rücksichtslosen und raschen Ausmerzung von untauglichen oder fehlbaren Wirtschaftsführern aller Grade und Stufen. Und zwar müssen dafür doppelte, ständische sowohl als politische Sicherungen vorgekehrt werden.

Eines der größten und letzten Ziele des ständischen Staates wird die Seßhaftmachung und Einwurzelung der heimatlos flottierenden Arbeiterbevölkerung sein. Dies Ziel ist eng verbunden mit der Ueberwindung der Wirtschaftskrisen. Dem richtig durchgeführten Ständestaat wird die Lösung gelingen, weil er eine heute kaum vorstellbare organische Verbindung von lokaler Elastizität und genereller Planung von Staates wegen bedeutet.

Aus dem Gesagten wird, so hoffe ich, nun wohl endgültig klar, daß der Ständestaat tatsächlich die eigentlichsten Forderungen der sozialistischen Sehnsucht zu erfüllen geeignet ist, die Forderungen, die wir unter dem Stichwort „menschenwürdiges Dasein" zusammenfassen können. Darin spielt das Seelische eine mindestens so wichtige Rolle wie das Materielle. Der im Ständestaat enthaltene christliche Sozialismus entspricht damit dem eigentlichen Wesen des Menschen, der gleichfalls aus Seele und Leib besteht. Vor seinem umfassenden Glanze verblaßt das Gespenst des einseitig auf die Materie abstellenden Marxismus, der die Menschen zu einer Art von Automaten erniedrigt hat.

Man braucht anderseits aber nicht zu befürchten, daß die wahrhaft schöpferische Initiative im Ständestaat Gefahr laufe, unterbunden zu werden. Es ist vielmehr vorauszusehen, daß die Wirtschaftskräfte, je schöpferischer sie sich erweisen, im Ständestaat mit umso höherer Verantwortung belastet werden. Denn die Wirtschaft ordnet sich darin ja im Wesentlichen aus sich selber; die Auswahl der Wirtschaftsführer erfolgt in erster Linie durch die Gleichgestellten und die Untergebenen! Ist da zu fürchten, daß überragende Begabungen unbekannt bleiben? Wirtschaften ist ja kein Geheimprozeß, dessen Erfolg nicht zu sehen wäre! Nur eine Kategorie von „Wirtschaftsführern" wird im Ständestaat nicht mehr zu der Geltung gelangen wie in unseren Tagen: jene, deren Wirtschaften im Raubbau und in hartherziger Ausbeutung besteht, jene, deren Fixigkeit und Geschäftstüchtigkeit so unbeschreiblich ist, daß sie auch das letzte Fünkchen von moralischer Haltung und Anständigkeit im Verkehr

mit Untergebenen vernichtet hat. **Der kaltschnauzige Generaldirektor wird dem patriarchalisch eingestellten klugen Haushalter weitgehend Platz machen müssen, mindestens in den obern Graden der Wirtschaftsführung, von denen das Heil oder Unheil großer Menschenmengen abhängig ist.**

Mehr ist über diese Dinge jetzt nicht zu sagen. Sie erwachsen alle aus organischem Denken, das, im Gegensatz zum mechanistischen, in enger Verbundenheit mit dem Reiche des Fühlens steht. Letztlich sind sie deshalb auch nur von jenen Menschen zu erfassen, in denen diese Wechselwirkung zwischen Denken und Fühlen noch nicht verloren gegangen ist. Wer nur noch mechanistisch denken kann, dem wird ewig ein Rätsel bleiben, worum es hier geht. Das mechanistische Denken, das rationalistische Folgern in einer und derselben Richtung, besticht zwar durch seine Schärfe Jünglinge und Halbgebildete. Infolge seiner Einseitigkeit führt es aber allemal in die Irre. Marx ist einer seiner ausgesprochensten Vertreter, das Kommunistische Manifest eines seiner bezeichnendsten Erzeugnisse. Gewiß hat Marx richtig vorausberechnet, daß der Kapitalismus in sich das Gesetz der fortdauernden Konzentration trage, und daß die logische Rückwirkung davon die fortdauernde Konzentration des Proletariates sei. Aber daß während dieses Anwachsens eine gegenseitige Einwirkung und Ausgleichung zutage treten werde, das hat er vollständig übersehen. Gerade dies aber ist für das immer stärkere Versanden des revolutionären Schwunges des Weltmarxismus verantwortlich zu machen. Das kraß materialistische Denken des Kapitalismus hat die Arbeiterschaft zuletzt dermaßen angesteckt und erfüllt, daß darüber das Ethos ihrer Solidarität immer mehr in die Brüche ging. Der Kapitalismus seinerseits hat sich ebenfalls angepaßt. Durch seine Sozialsicherungen hat er den meisten Kategorien von gelernten Arbeitern ein solches Maß materieller Sicherheit gewährt, daß er von ihnen keinen Radikalismus mehr zu befürchten hatte. **Auf Kosten der Seelenhaftigkeit des echten Sozialismus, auf Kosten der Menschenwürde des Lohnarbeiters ist so ein fauler Friede zustandegekommen, der vor allem auch im Interesse der rapid verbürgerlichten, kapitalistisch denkenden Bonzen der Arbeiterorganisationen lag.** Daß aber gerade diese verdrängten Ansprüche der Seele der Arbeitnehmer eines Tages mit Macht hervorbrechen und eine ganz neue Wirklichkeit ergeben würden, dies hat wiederum der einseitige Marx nicht voraussehen können, da in seinem Weltbild die Seele ja keinen Platz besaß. Worin er aber am allerschlimmsten irrte, das ist in seiner Annahme, daß die Mittelklassen und die Bauernsame den wirtschaftlich-seelischen Zerreibungsprozeß im Spätkapitalismus genau so widerstandslos erdulden würden wie die Industriearbeiterschaft.

Ein Mehreres über die Zukunft zu sagen, wäre heute von Uebel. Der Ständestaat erwächst aus lebendiger Seele und lebendigem Geist. Aus organischem, mit dem Fühlen in dauernder Wechselwirkung stehendem

Denken. Weil es ganzheitlich ist, kennt es seine Grenzen, die die natürlichen Grenzen aller menschlichen Voraussage sind. Nur Halbgebildete wagen es, genaue Prophezeiungen von sich zu geben; nur Ungebildete glauben daran.

Eine Aufgabe haben wir wieder! Wie sie wenig Geschlechtern gestellt gewesen. Seien wir froh darüber! Sie erfordert unsere ganze Kraft. Und die unserer Söhne. Gehn wir ans Werk!

4.

Im großen Strom.

Der Frontismus als Glied abendländischer Erneuerung.

Es sind nun über fünf Jahre her, seit ich in meiner Rede „Die Schweiz im veränderten Europa", zu einer Zeit, da das Wort Erneuerung im heute üblichen Sinne noch gänzlich unbekannt war, mit äußerster Deutlichkeit auf die Gefahren hinwies, die darin liegen, daß die Schweizer anscheinend unfähig seien, ihr Nichtangepaßtsein zu sehen und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Seit jenem Zeitpunkte haben sich diese Gefahren bedeutend verschärft. Zu der großen Menge von verkalkten Greisen, jüngeren und älteren Lebensalters, denen die Geschicke unseres Landes in hohen und höchsten Aemtern anvertraut sind, gesellen sich immer mehr die jugendlichen Arrivisten, die bemerkt haben, daß Ehren und Aemter zu erlangen sind, wenn man das abstrakte Substantiv „Freiheit" tagelang im Chore vor sich hersingt. In der Presse, am Radio und in zahlreichen Versammlungen entdecken blutige Dilettanten in politischen Dingen mit einem Male, daß die Schweiz nur darauf gewartet hat, von ihnen „gerettet" zu werden. Auch werden zu diesem Behufe unzählige Resolutionen gefaßt, in denen Gevatter Schneider und Handschuhmacher der Demokratie ihre unverbrüchliche Treue schwören, wobei wahrscheinlich nicht zwei sich darunter das Gleiche vorstellen. Das ganze Getue erinnert verzweifelt genug an jenen Schwur auf die alten Bünde, mit dem die ohnmächtige Tagsatzung 1798 die Gefahr des Zusammenbruchs aufzuschieben vermeinte. Daß sie sich damit in Paris, wo man von ihrer Verfaultheit äußerst genaue Kenntnis besaß, lächerlich machte, war das ganze Ergebnis der aus bleicher Verlegenheit entsprungenen Aktion.

Wenn wir die heutigen Retter der Demokratie und Frontentöter genauer betrachten und näher untersuchen, woher ihre raketenhaft aufschießende Vaterlandsliebe denn eigentlich herrühre, so stoßen wir beinahe ausnahmslos auf dieselbe Wurzel. Es ist die krankhafte Angst in einer kommenden frontistischen Staatsordnung irgendetwas von ihren geliebten Freiheiten einbüßen zu müssen. Es ist die maßlose Furcht vor

zum Opfer, die typisch ist für jene unerbittliche Gesetzlichkeit, mit der lieben Selbstsucht und dem Selbstaufgeben des liberalen Staates auch nur um ein Tatsächchen herauszukommen. Es ist mit einem Worte die menschliche Tragödie in ihrer abschreckendsten und verhängnisvollsten Gestalt. Und selbst wenn noch soviele Professoren, Schriftsteller und Schriftstellerinnen in behaglichen Lernesgemütsständen in dasselbe Horn stoßen, dies ganze Treiben kann und darf uns nicht hindern, die Wahrheit zu sagen und wieder und wieder zu sagen.

Es ist nichts als die nackte Wahrheit, daß unser heutiger Staat sich in seiner Weise dem 20. Jahrhundert gewachsen zeigt, daß der Staatsbürger, den dieser Staat erzogen oder vielmehr nicht erzogen hat, im Kampfe gegen Mächte aus anderen, härteren Staaten kläglich versagen müßten, und immer, daß jeder, der heute noch behauptet, es stehe ja alles zum Besten der Menschheit, wir brauchten nur so weiterzufahren in alle Ewigkeit und die Traditionen und Einrichtungen des 19. Jahrhunderts seien ein heiliges Rührmichnichtan, dies entweder tut, weil er ein Dummkopf ist, der allen Anlaß hätte, sich hinter die Schürze seiner Mutter zu verkriechen, oder weil er jener eben gezeichneten Gruppe von Selbstlingen angehört, denen das Ganze nichts, die persönliche Wohlfahrt jedoch alles gilt. Beiden Kategorien aber müssen wir heute als Schädlingen des gemeinen Besten den Kampf ansagen, wir alle, die wir nicht wie kinderlose sozialdemokratische Doppelverdiener großartig sagen können: „Nach uns die Sintflut!" Wir, die wir uns den aufsteigenden Geschlechtern gegenüber ganz tief verantwortlich fühlen. Die wir uns fühlen als Teil des Staates, als lebendige Substanz des Souveräns. Insofern wir das tun, ist es nichts als unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, aus den Lehren der Geschichte die gebieterisch sich aufdrängenden Folgerungen zu ziehen und unser Schweizerhaus, das alt und wacklig geworden ist, so umzubauen, daß es den Stürmen der Zukunft wenigstens mit einem Schein von Wahrscheinlichkeit gewachsen ist.

Unsere Vorväter haben es nicht anders gehalten. Immer ist die staatliche Form der Eidgenossenschaft die gewesen, die sie sich im Einklang mit den wesentlichen Strömungen Europas hat geben müssen. Wir leben nicht auf dem Mond. Wir sind das Reich der Mitte. Alle Kraftfelder Europas kreuzen sich in uns. **Unsere besondere Aufgabe ist immer und ewig die gewesen, uns zu erneuern im Einklang mit der europäischen Erneuerung. Denn, weil wir ein so kleines Land sind, sind wir der Erstarrung immer besonders ausgesetzt. Europa kann aber in seinem Zentrum keine erstarrte und entartete Substanz ertragen.**

Wir haben diese Aufgabe der periodischen Erneuerung bald besser, bald schlechter gelöst. Zur Zeit der Reformation haben wir sie gut gelöst, insofern wir die Reformation, die überall fällig war, aus eigener Kraft durchgeführt haben. Wir hatten Zwingli und Calvin und

brauchten uns Luther nicht an die Rockschöße zu hängen. Damit fiel die Gefahr einer Verknüpfung mit dem deutschen Reformationsschicksal dahin. Am Ende des 18. Jahrhunderts aber haben wir die Aufgabe miserabel gelöst. Von 1789 bis 1798 hatte die Alte Eidgenossenschaft neun volle Jahre Bedenkzeit, sich aus eigener Initiative zu erneuern. Sie hat diese neun Jahre ungenützt verstreichen lassen, obschon es an Warnungszeichen bei Gott nicht gefehlt hat. Die Strafe war die siebzehnjährige Franzosenherrschaft, der Verlust unserer Staatsschätze und fast der dauernde Verlust unserer Unabhängigkeit. Im Jahre 1830 haben wir die Aufgabe wieder besser gelöst. Die Julirevolution gab den Anstoß zu einer Reihe von zeitgemäßen kantonalen Verfassungsrevisionen. Und sehr gut endlich haben wir sie 1848 gelöst.

Es ist also nichts mit dem Vorwurf der „Nachäfferei", den uns die Aermsten im Geiste nach wie vor als höchsten Trumpf entgegenzuschleudern belieben. Die politischen Formen werden im Verlauf der Geschichte allerorten gegeben und genommen. Und ganz natürlich ist es, daß das Geben vorzüglich von seiten der Großen und das Nehmen von seiten der Kleinen geschieht. Warum? Weil der Wechsel immer im Zusammenhang mit großen Erschütterungen vor sich zu gehen pflegt und Großstaaten diesen Erschütterungen, ob's nun ein Segen sei oder ein Fluch, viel stärker ausgesetzt sind als Kleinstaaten. Es hilft somit alles Sperren nichts. Die politischen Formen der Schweiz, in die wir hineingewachsen, die ein Teil von uns geworden sind, sie sind dennoch nicht ewig und sie sind nicht unwandelbar. Aber hauptsächlich: sie sind nicht mehr wünschbar.

Wenn wir gewisse faschistische oder nationalsozialistische Gedankengänge nur darum übernehmen würden, um „auf der Höhe der Zeit" zu sein, ja gewiß, dann handelte es sich um äußerliche Nachahmung. Aber haben wir jemals gesagt, wir wollten sie kritiklos übernehmen? Und wie wäre das überhaupt möglich, gibt es doch heute schon drei staatsrechtliche Vorformungen dieser neuen Idee, zwischen denen wir wählen können: den Faschismus, den Nationalsozialismus und den österreichischen Ständestaat. Vielleicht ist es ein Glück, daß wir wählen können ...

Nein, es geht gewiß nicht um Aeußerlichkeiten. Es geht darum, in Freiheit die Not der Zeit zu erkennen und das Schicksal zu meistern. Dazu gehört auch, die Form des Staates zu wandeln, wenn sie ihren Dienst nicht mehr zu erfüllen vermag. Dies aber ist immer und ewig einziger Sinn aller politischen Revolutionen: die Formen zu zerschlagen, die dem Leben gefährlich geworden sind, und neue zu schaffen, in denen es wieder atmen kann.

Warum aber brauchen wir dazu das Ausland? Weshalb müssen wir uns der großen Welle, die über Europa hinweggeht, anpassen? Ein-

fach deshalb, weil diese neuen staatlichen Formen der Ausdruck der Ueberwindung einer Notlage sind, die bei uns genau so besteht wie anderswo. **Weil die Krankheit die gleiche ist, muß auch das Heilmittel dasselbe sein!**

Ich weiß allerdings wohl, daß mit dieser Einschätzung noch lange nicht alle einverstanden sind. Daß allzuviele das Aufkommen des Faschismus als eine lokale italienische Erscheinung betrachten, die aus den spezifischen Nachkriegsnöten Italiens zu erklären wäre: und ganz ähnlich meinen diese Kritiker auch, den Nationalsozialismus als eine typische und ausschließlich deutsche Angelegenheit abtun zu können.

Das ist aber eine ganz oberflächliche Ansicht. Denn erstens gibt es doch heute faschistische oder nationalsozialistische Gruppen auch in England und Holland, in Schweden und Norwegen, in Frankreich und Spanien, im Balkan und in den Vereinigten Staaten. Ueberall liegen die Dinge innenpolitisch wieder etwas anders. Aber doch haben diese Erscheinungen auch alle etwas Gemeinsames, das weit über die gegenwärtige Form des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus hinausgeht, wenn man auf diese Weltbewegung, von der Mussolini und Hitler vielleicht erst die Vorläufer sind, auch etwas rasch gelegentlich den Ausdruck Weltfaschismus angewendet hat. Wir wollen uns lieber auf den Namen nicht festlegen, aber jetzt schon bemerken, daß diese Bewegung in aller Wahrscheinlichkeit eine solche Dimension gewinnen wird, daß spätere Historiker sie mit der französischen Revolution und ihren Auswirkungen oder gar mit der Reformation vergleichen werden. Das eine Entscheidende, das allen diesen Strömungen eignet, ist der Wille, in Staat und Gesellschaft der Ordnung und der Gerechtigkeit wieder zum Siege zu verhelfen.

Ich möchte jetzt des nähern begreiflich machen, wieso diese Weltbewegung entstehen mußte. Man könnte es ja einfach mit den biblischen Worten ausdrücken: Weil die Zeit erfüllet war. Jedoch genügt diese Ausdrucksweise den wenigsten Zeitgenossen. Wissenschaftlich ausgedrückt hieße dieselbe Erkenntnis, daß jede revolutionäre Bewegung immer erst dann umfassend und siegreich wird, **wenn in ihr eine große Anzahl von revolutionären Teilabläufen zusammenfallen**. Da nun diese Teilabläufe in jedem Lande wieder etwas anders beschaffen sind, ist logischerweise ihr Gesicht in jedem Lande wieder etwas verschieden, und die Durchbrüche finden nicht alle genau zur gleichen Zeit statt. Freilich können wir nicht in die Zukunft schauen und haargenau voraussagen, was denn bei dem allem zuletzt herauskommen wird. Diesen Lieblingswunsch des Spießbürgers, der an nichts glaubt als an das, was er bar auf die Hand gezählt bekommt, können wir beim besten Willen nicht erfüllen. Auch die schärfsten Beobachter können es nicht. Mussolini hat jahrelang geglaubt, der Faschismus sei kein „Ausfuhrarti-

tel", weil er ihn vom innenpolitischen Sehwinkel aus gesehen hat. Und jetzt ist er als Teilerscheinung dieses „Weltfaschismus" doch einer geworden. Ich will nun aber ohne Rücksicht auf die Verschiedenheiten von Land zu Land und im zeitlichen Ablauf die Gemeinsamkeiten dieser Weltbewegung verdeutlichen, womit gleichzeitig deren Entstehung sich klären wird.

In allen Staaten Europas befindet sich erstens der Mittelstand in Untergangsstimmung. Die letzte große Welle der Rationalisierung hat für ihn erfüllt, was sich schon jahrelang vorbereitet hatte. Eine große Zahl Menschen, die bis vor kurzem noch selbständig waren, sind unselbständig geworden oder, wo sie noch selbständig sind, da ist ihre Lebenshaltung vielfach unter die proletarische hinabgesunken. Sie sind deshalb, psychologisch gesehen, revolutionär, denn revolutionär ist immer und jederzeit diejenige Schicht, deren wirtschaftliche Lage in krassem Widerspruch zu ihrem politischen Ausdruckswillen steht, handle es sich nun um eine aufsteigende oder eine absteigende Klasse.

In allen Staaten Europas ist ferner der Glaube an die umfassende Lösung der sozialen Frage durch den Marxismus geschwunden. Ich sage ausdrücklich nicht Sozialismus. Denn der Nationalsozialismus ist Sozialismus. Und in Belgien und Frankreich gebe ich dem nichtmarxistischen Sozialismus de Mans und der Neosozialisten etwelche Zukunftschancen. Aber jedes Prestige verloren hat außerhalb Rußlands der marxistische Sozialismus. Er hat in den zwei Jahrzehnten, da er in West- und Mitteleuropa alle Möglichkeiten zu konstruktiven Lösungen besaß, bewiesen, daß er unfähig ist, sich von einer Klassenpartei zu einer Mehrheitspartei zu entwickeln. Und damit hat die Geschichte über ihn sein Urteil gesprochen.

In allen Staaten Europas liegt ferner das kapitalistische System in den letzten Zügen. Ueberall hat sich auf dem Rücken des Spätkapitalismus eine Art von an Staatssozialismus grenzendem Etaismus entwickelt, bei dem es seit langem weder dem Staat noch dem Kapitalismus wohl ist. Aber dieses System, wenn man eine Kette von Improvisationen ein System nennen kann, hat sich jedenfalls als gleich unfähig erwiesen, den wahnwitzigen Zollkrieg in den aufeinander angewiesenen Ländern Europas, ja der Welt zu verhindern und die Gefahren der technischen Ueberrationalisierung zu bannen. Es ergibt sich, daß wir heute, wirtschaftlich gesprochen, in einer strukturellen Dauerkrisis stecken, an deren Ende todsicher etwas Neues zu stehen kommen wird.

Alle Staaten Europas leiden endlich unter der wachsenden „Gegenkolonisation" Asiens und Amerikas. Fast alle sind stark auf den Export angewiesen. Durch die Exportunterbindung wächst ihre Arbeitslosigkeit. Und diese Arbeitslosigkeit betrifft in gleichem Maße so Arbeiter wie An-

gestellte. Für die Angestellten wirkt sie sich aber wesentlich katastrophaler aus, denn der arbeitslose Angestellte ist viel weniger leicht auf eine andere als die gewohnte Arbeit umstellbar.

Diese obgenannten vier Nöte nun hat die Schweiz restlos mit Europa gemein. Sie sind auch nicht vorübergehender Natur, sie scheinen sich zu Dauernöten auszuwachsen. Auch in unseren Städten vernichten Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte den selbständigen Mittelstand. Auch in unseren Kantonen zeigen die marxistischen Funktionäre jeden Tag stärker ihre hoffnungslose Blindheit und Strupellosigkeit. Auch in unserem Lande findet man keine Mittel, um die Rationalisierung in einen organischen Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt zu bringen, und nur höchst mühsam gelingen innerhalb des herrschenden Systems die ersten Versuche, einen Ausgleich zwischen Export und Import herzustellen. Auch bei uns sieht man keine Lösung für das Problem der dauernden Arbeitslosigkeit, besonders keines für die arbeitslosen kaufmännischen Massen.

Zu all diesem kommt nun aber noch ein Weiteres. So sehr sich manche diesem Gedanken verschließen möchten, er ist das Entscheidende! Der Sinn von Faschismus, Nationalsozialismus und Frontismus liegt nicht in ihnen selber. Sie sind zwar gezwungen, sich selber zunächst mit aller Macht durchzusetzen, und sie tun es auch. Sie könnten es aber niemals mit diesem Erfolge tun, wenn sie es nur um ihrer selber willen täten. Sie konnten es und können es in Wahrheit nur tun, weil die besten, die zukunftsklarsten Kräfte ihrer Nationen bei ihnen sind, weil diese Kräfte mit heiliger Ueberzeugung wissen, daß der Geist ihres Landes bei ihnen ist. Sie müssen sich durchsetzen, weil ohne sie ihre Länder schon zugrunde gegangen wären oder noch gingen. **Faschismus und Nationalsozialismus mußten um des Landes willen umfassende Parteien werden. Und das muß auch der Frontismus werden. Die gleichen Krankheitserscheinungen rufen den gleichen Heilmitteln.**

Jedoch, so sehr der schweizerische Frontismus vielfach eine Teilerscheinung einer Weltbewegung ist, er weist anderseits auch seine deutlichen arteigenen Züge auf. Wir stecken zwar in einer weltwirtschaftlichen Krisis wie die andern, aber unsere damit gleichlaufende politische Krisis ist dadurch nicht entstanden, sondern höchstens verstärkt worden! Zwar ist sie für unsern Staat genau so lebensgefährlich wie die italienische oder die deutsche es für die betreffenden Länder war. Ihre Beschaffenheit jedoch ist anderer Art. Um es klipp und klar zu sagen: Unsere Verfassung hat schon seit 1919 nicht mehr funktioniert, d. h. seit der Einführung des Nationalratsproporzes, womit die freisinnige Parlamentsmehrheit ein Ende nahm. **Denn unausgesprochen ruht unsere Verfassung seit ihrem Beginne auf dem tragenden Grunde einer für den Staat verantwortlichen Mehrheits-**

partei! Seit fünfzehn Jahren haben wir keine Mehrheitspartei. Die Folge ist: Seit fünfzehn Jahren schwankt unser Staat wie eine vom **Sturmwetter hin und her gerissene Barke.**

Diese Verfassungskrisis hat übrigens nur deshalb der öffentlichen Meinung solange verborgen bleiben können, weil gerade in dem Augenblick, da Tiefersehende sie zu bemerken anfingen, das furchtbare Schlagwort in Mode kam, die Schweiz sei das Vorbild Europas und der Völkerbund ihre Kopie im Großen. Es ist nicht zu sagen, wie schädlich unserem Volke die tausendfachen Wiederholungen dieser Lobhudelei geworden sind, mit der ein Jahrzehnt lang alle ausländischen Redner in sämtlichen Vortragssälen der Eidgenossenschaft ihre Darbietungen glaubten beginnen zu müssen. Einem republikanischen Souverän kann der Dauergenuß von Schmeichelzuckerwerk gerade so unheilvoll werden wie einem monarchischen. Ja, seine Lage ist gefährdeter. Denn niemand warnt ihn, während der Monarch doch in der Regel das Gegengift durch den Hofprediger oder doch wenigstens den Hofnarren dargereicht erhält! Um es kurz zu machen: **Zuerst durch den Weltkrieg, dann durch die Gründung des Völkerbundes und endlich durch den Erwerb des Völkerbundssitzes ist die Erkenntnis unserer eigenen staatspolitischen Krisis im ohnehin nie sehr verantwortungsvollen Bewußtsein unseres Volkes um zwei volle Jahrzehnte verschleppt worden.** Dabei hat diese politische Krisis rein gar nichts mit der wirtschaftlichen Weltkrisis zu tun. Es ist die normale Alterskrisis eines erschöpften und zu Tode gehaspelten politischen Systems. Anstatt aber daß die Reform schon 1914 energisch von der eigens zu diesem Zwecke gegründeten Neuen Helvetischen Gesellschaft an die Hand genommen worden wäre, wurde sie durch den Krieg und die Nachkriegsereignisse gestoppt, und erst 1928 begann die Kritik in großem Ausmaße wieder, zunächst in drei wesentlichen Büchern (Carl Horber: Die schweizerische Politik (1928), Emil Dürr: Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik (1928) und Gonzague de Reynold: La démocratie et la Suisse (1929), dann aber ab 1930 vor allem in den Diskussionen der Neuen und der Nationalen Front. Zu ihnen gesellte sich von 1933 an die breite Welle öffentlicher Debatten in sämtlichen andern Fronten und Bünden der Erneuerungsbewegung.

Zusammenfassend ergibt sich also, daß die Schweiz zwar, was das Wirtschaftliche anbetrifft, im gleichen Falle ist wie das übrige Europa, daß sie aber gleichlaufend mit der wirtschaftlichen auch ihre arteigene politische Krisis besitzt. Diese weist aber ganz andere Züge auf als jene Krisen, aus denen der Faschismus und der Nationalsozialismus hervorgegangen sind. Um diese feineren Unterschiede nun ein für allemal klar zu machen, will ich jetzt den verschiedenartigen Charakter der drei politischen Krisen, der italienischen, der deutschen und der schweizerischen kurz umreißen.

In Italien herrschte bis zum Kriege der Parlamentarismus, den das Königreich von Frankreich übernommen hatte. Bekanntlich hat sich aber der französische Parlamentarismus je nach dem Volke, auf das er aufgepfropft wurde, stark gewandelt. Die große Unsicherheit, die ihn auszeichnet (Ministerstürze) verschärfte sich in Italien verhältnismäßig rasch bis ins Unerträgliche, weil der italienische Parteiführer viel stärker seine Person in den Vordergrund zu stellen pflegte als der französische, der vor allem Anwalt einer Idee und Doktrin ist. Man weiß, daß die mittel- und südamerikanischen Staaten, die auf dem Papier ja sämtliche den französischen Parlamentarismus besitzen, aus denselben Gründen praktisch früh schon gezwungen waren — hier etwas mehr, dort etwas weniger — zur Diktatur überzugehen. In Italien nun wurde die Schwäche dieser Staatsform besonders auffallend, als sich nicht mehr nur die historischen Parteien der Klerikalkonservativen und der Liberalen gegenüberstanden, sondern durch das Entstehen von Arbeiterparteien die Gegensätze zu einem Maximum anschwollen. Freilich brauchte es noch die ganze Enttäuschung über den verlorenen Sieg, aber auch die persönliche Genialität Mussolinis um innerhalb des damals weitgehend demokratisch gesinnten Europas die Diktatur aufrichten zu können. Ohne seine Genialität wäre der Umschwung wahrscheinlich erst eine Reihe von Jahren später erfolgt. Anderseits wäre er auch schon früher möglich gewesen, wenn Italien wie Frankreich eine Republik gewesen wäre. Die stabilisierende Wirkung seiner monarchischen Staatsspitze — deren Funktion auch in England sehr oft übersehen wird — sollte, so sehr sie nach außen hin wenig hervortritt, bei solchen Erwägungen nie außer acht gelassen werden.

In Deutschland war die Entwicklung eine wesentlich andere. Die Weimarer Verfassung, die von Anfang an als ein künstliches Produkt empfunden wurde, zeitigte in Kürze einen solchen Wirrwarr von Parteien, daß von einem konstruktiven Parlamentarismus schon sehr bald nicht mehr die Rede sein konnte. Im Herzen aller Deutschen aber blieb das monarchische Prinzip unvergessen. Da aber Kaiser Wilhelm der Kleine durch seine schmähliche Feigheit das dynastische Prestige der Hohenzollern zugleich mit dem Prinzip der Erbmonarchie hochgradig kompromittiert hatte, mußte das deutsche Volk bei der ersten besten Gelegenheit auf die andere Möglichkeit des monarchischen Prinzips verfallen. So erhob es den Mann, der bewiesen hatte, daß er mehr als ein anderer von der Leidenschaft besessen war, Deutschland wieder groß und stark zu machen, zu seinem Wahlkönig.

In der Schweiz nun ist es so: Seit 1848 besitzen wir einen Halbparlamentarismus, dessen Funktionieren wie auch das der Kollegialregierung des Bundesrates auf der stillschweigenden Annahme einer Mehrheitspartei beruht. Die freisinnige Mehrheitspartei, die die Geschicke des Landes von 1848—1918 leitete, war aber schon vor dem Krieg

an natürlicher Altersschwäche degeneriert und vermochte deshalb die Einführung des Proporzes, der das ganze System aus den Fugen hob, nicht mehr zu verhindern. Seit diesem Datum stecken wir in der akuten staatspolitischen Krisis. Sie erschien nur deshalb bis vor kurzem maskiert, **weil die Tagespolitiker die materiellen Nachkriegs- und Krisenschwierigkeiten von den formellen, aus dem Nichtmehrfunktionieren der Verfassung entstandenen Unzulänglichkeiten gedanklich nicht zu trennen vermochten.**

Die Lösung sehen wir in der Schaffung eines neuen staatstragenden Standes, d. h. einer neuen Mehrheitspartei. Sie darf aber weder soweit totalitär zu sein, daß sie die Minderheiten vom Staatsleben gänzlich fernhält, noch sich einer solchen Gleichschaltung verschreiben, wie sie Deutschland versucht hat. Wie immer auch im übrigen das Verhältnis von Volk zu Volksvertretung und Regierung gestaltet werde, dies ist heute schon klar: Die Staatsspitze muß eine wirkliche Spitze sein. **Als sichtbaren Ausdruck der seit 1848 fortgeschrittenen bundesstaatlichen Vereinheitlichung und im Interesse einer wirkungsvollen Vertretung nach außen fordern wir darum nach dem Muster des amerikanischen, französischen, deutschen, österreichischen, tschechoslowakischen und polnischen Freistaates einen vom Volke gewählten Staatspräsidenten, einen Eidgenössischen Landammann.**

Nochmals: Der schweizerische Frontismus ist wirtschaftlich Teil einer Weltbewegung, deren Triebkräfte überall ungefähr die gleichen sind. Politisch aber sind seine Ziele nichts anderes als die folgerichtigen Konsequenzen aus einem innerpolitischen Ablauf, der dem aufmerksamen Beobachter schon lange zu Befürchtungen Anlaß gab. Dabei liegen diese Forderungen allerdings in der Richtung, die man heute als Weltfaschismus bezeichnet. Auch bei uns muß vermehrte staatliche Autorität gefordert werden. Und wenn die Forderung heute stärker erhoben wird als vor einigen Jahren, so deshalb, weil die wirtschaftlichen Notwendigkeiten beschleunigend auf ihre Reifung eingewirkt haben. Der Zwang, Ordnung in die Wirtschaft zu bringen, brächte uns selbst dann jetzt die autoritäre Demokratie, wenn sie vom Politischen her nicht schon längst fällig wäre! **Denn das wirtschaftliche Chaos kann nicht ohne den Ständestaat behoben werden. Aber anderseits kann der Ständestaat ohne die Rahmengesetzgebung der autoritären Demokratie auch nie über die akademische Erörterung hinausgedeihen. Die beiden Postulate bedingen sich gegenseitig.**

Nun hat aber der Frontismus auch noch ein drittes Gesicht. Und damit ist er wiederum nicht nur eine helvetische, sondern eine europäische, ja eine mondiale Angelegenheit. Denn es mündet sowohl die wirtschaftliche wie auch die politische Erneuerung mit jedem Tage sichtbarer in das ein, was wir die ethisch-religiöse Erneuerung nennen können. Wohl hat sie als europäische Bewegung bisher ihren repräsentativen Führer nicht gefunden, wie ihn etwa die indische Bewegung

in Gandhi besitzt. Und es ist auch durchaus möglich, daß sie nie einen einzigen, sondern, wie das ja auch in der Reformationszeit der Fall war, mehrere Führer aus sich heraus erzeugen wird. So unklar, ja verworren aber auch das Bild dieser europäischen Erneuerung und Wiedergeburt vielfach noch erscheinen mag, eines jedenfalls ist unbestreitbar: Daß ihre Träger allerorten Männer sind, in denen dank ihrer tiefen seelischen Verbundenheit mit Volk, Heimat, Staat und Gott die ewige Harmonie erklingt, die den typischen Repräsentanten des heute in Schmach und Schande in die Grube fahrenden Geschlechts der ungeheuerlichsten Dekadenz völlig versagt war. Männer sind es, die nur darum das schwere Werk der Rettung aus dem völligen Chaos und der vollkommenen Satanei in die Hand genommen haben, nur darum in die Hand nehmen konnten, weil in ihnen die tiefen Quellen noch rauschend sprudeln. Es mag sein, daß da und dort in den Massen auch unedlere Motive mitbestimmend wirken. Doch erinnern wir uns, daß der demokratische Revisionsgeneral Rolle im Baselbiet zu sagen pflegte: „Me mueß au mit Dräck mure". Und liegen nicht selbst auf dem hellen Bilde Zwinglis tiefe Schatten (Manz, Grebel), von Calvins Justizmord an Servet ganz zu schweigen? Aber wer denkt heute in erster Linie daran, wenn wir von der Reformation reden und sagen? Es gibt keine große Bewegung, bei der keine Späne fallen. Worauf es ankommt, ist einzig, ob eine Leben zeugende Idee dahinter stehe, und ob sich Führer und Massen finden, die dieser Idee sich mit Gut und Blut zu opfern gewillt sind.

Und wenn man mich nun fragen sollte, ob eine solche Idee hinter dieser werdenden europäischen Bewegung stehe, von der Faschismus und Nationalsozialismus nur besondere vorläufige Ausprägungen sind, von der unser Frontismus wieder eine andere, arteigene Ausprägung darstellt, so muß ich ausdrücklich bekennen: Ja! Und wenn man mich weiter fragt, was das für eine Idee sei, so antworte ich so: „Es ist der tiefste Lebenswille Europas, der sich hier Ausdruck verschafft." Europa fühlt sich an der Wurzel erkrankt, so erkrankt, daß jenes „Après nous le déluge" des Ancien Régime bereits wieder zum Lebensbekenntnis einer riesigen verrotteten Oberschicht von Plutokraten und Intellektuellen in allen Ländern Europas geworden ist. Dieser Nihilismus (Nichts glauben, nichts hoffen), der weit über das hinausgeht, was man in Frankreich Fin-de-siècle-Stimmung genannt hat, findet seinen Niederschlag in einer großen Literatur von Proust bis Huxley und Kästner; in der Wirtschaft sind Gestalten wie Stawisky und Löwenstein symptomatische Vertreter; in der Philosophie bedeutet wohl Spenglers „Untergang des Abendlandes" seine deutlichste Ausprägung. Er ist aber auch in der modernen Malerei und Musik klar erkennbar. Dieser Wille zum Tod und zum Verrat aller höheren Güter und Wahrheiten ist in den Weltstädten und Großstädten schon seit Jahren bereit gewesen, mit dem Bolschewis-

nus zu paktieren, genau wie die verfaulte Aristokratie Ludwigs XVI. bei der Aufführung von „Figaros Hochzeit" und im Schwärmen für den Ultrademokraten Rousseau zum voraus ihren Henkern Beifall geklatscht hat. Aber gegen diesen Nihilismus, ob er sich nun in der Widerstandslosigkeit gegen Mammonismus, Semitismus oder Satanismus zeige, ob er sich artistisch, plutokratisch, snobistisch oder kosmopolitisch verbräme, ob er mehr durch Schwäche sündige oder durch Wurzel- und Instinktlosigkeit, gegen dies ganze verruchte Geflecht von Entartung und Verfall steigt in letzter Stunde heute der kleinbürgerliche, bäuerliche und handarbeitende Mensch in allen Ländern Europas auf! Er, der immer ein Vollmensch war, weil er in Not und Sorge des täglichen Lebens zur Reifung gedieh, der seine Kinder immer in Mühe und deshalb mit Verantwortung erziehen mußte, er hat drum die Liebe zum Leben, das für ihn jederzeit Kampf bedeutete, nie verloren. Ihm, der verbunden war mit der Stätte, auf der er saß, verwurzelt mit dem Boden, den er bebaute, kam niemals gänzlich die Ehrfurcht abhanden, die nach Goethe auf dem Grunde aller Erziehung ruht. Gegen das verlotterte Großstadtgesindel, das seit Jahrzehnten nur Geifer und Gewitzel gegenüber aller Tradition und allem Respekt vor Vergangenem und vor Höherem kennt, steht dieser Mensch der Mitte heute auf und entreißt gleicherweise dem nihilistischen Plutokratismus wie dem nihilistischen Marxismus die sinkende Fackel dieses unseres alten Erdteils. Und siehe, sie ist nicht ausgelöscht, sie erstrahlt in neuem Glanze!

Der Schmiedsohn Mussolini, der Malergeselle Hitler, Söhne von kleinen Leuten, sie bauen die neuen Staaten, in denen, wie in den besten Zeiten des Mittelalters, wieder Ordnung soll herrschen und Gerechtigkeit, nicht auf Grund schematischer, ganze Länder umspannender, abstrakter Verfügungen, sondern in einem vielfältigen Geflechte direkter menschlich-seelischer Zusammenhänge. Wir stehen erst im allerersten Jahrzehnt dieser Entwicklung. Aber was bedeutet ein Jahrzehnt im Völkerleben? Fünfzig Jahre hat es gebraucht, ehe der schweizerische Liberalismus seine Verfassung von 1848 schaffen durfte. Und mag unser Werk wiederum solange dauern, es ist dennoch das einzige, das einer verzweifelten Jugend wieder einen Sinn gibt im Leben. Mit ihm schaffen wir den neuen Staat, den guten Staat, den gerechten Staat, den christlichen Staat.

Weil es sich also in Wahrheit um etwas viel Tieferes handelt, als um eine nur technisch wirtschaftliche Anpassung an die gegenwärtige Krisis, auch um etwas Tieferes als nur eine Umänderung unserer politischen Struktur, weil es sich um einen welthistorischen Prozeß von jahrhundertwirkender Bedeutung handelt, an dessen Ende die Ueberwindung der Irrtümer der französischen Revolution, ja vielleicht sogar der Zerspaltung der Reformation steht, deshalb hat diese Bewegung auch ihr ethisch-reli-

giöses Gesicht. Und es mehren sich alle Tage die Menschen, die das einsehen, und die aus dieser Einsicht heraus sich zu handeln entschließen.

Zuletzt steht eben heute Europa am Kreuzweg. Entweder geht es weiter wie bis anhin auf dem Wege zur Hölle, der heißt Freiheit-Gleichheit-Kommunismus-Gottlosigkeit-Nihilismus. Wenn es darauf verbleibt, so wird es über kurz oder lang eine Kolonie Sowjetrußlands, und dann lebwohl persönliche Würde und geistiges Leben! Oder aber es anerkennt und belebt die urtümlichen Kräfte, die in seiner eigenen Tradition beschlossen liegen. Wenn es sich wirklich aus einem geographischen Begriff zu einer sinnhaften Wesenheit emporheben will, dann hat es heute wahrlich keine Zeit mehr zu verlieren.

Unter allerhöchstem Aspekt nun: Europa wird leben, wenn es, das maßlose Zerrissene und Zerstückelte, ein Ganzes wird. Ein Ganzes kann es nur werden unter einer geistigen Autorität. Dieser geistigen Autorität wird und muß eine weltliche entsprechen. Beide aber kommen nur über die im Geiste geeinigten und zu organischen Wesenheiten regenerierten Staaten. Das verarmte, wirtschaftlich aus einem Hammer zu einem Amboß gewordene Europa des Jahres 2000 wird nicht sein oder es wird sein als ein geheiligtes Europa, d. h. ein Bund autoritär regierter Ständestaaten, in denen Religion, Politik und Wirtschaft eine geschlossene, schöpferische Dreieinigkeit bilden.

Nur dieses Europa wird imstande sein, sich gegen die Giganten Amerika, Asien und Afrika erfolgreich zu behaupten. Nur dieses Europa wird es wert sein, daß unsere Enkel und Urenkel es bewohnen.

5.

Die Tat.

Bausteine zur Neuen Verfassung.

A. Leitgedanken.

1. Die Grundlage.

Im Namen Gottes des Allmächtigen! Am Eingang der Neuen Verfassung stehe dieser geheiligte Anruf der ältesten Bundesbriefe. Er bezeuge den deutlichen Willen der Neuen Eidgenossenschaft, ihren Staat **zu gründen auf dem christlichen Glauben.**

Glücklich war die Eidgenossenschaft immer dann, wenn das Volk seine Führer hochachten durfte. Es durfte sie hochachten, wenn sie sich **selbst sichtbar dem Höchsten unterstellten.**

Aus dem Verbundensein mit dem göttlichen Willen entspringt die ewige Sehnsucht nach einer gerechten Lebensordnung.

Die Führer der Neuen Eidgenossenschaft müssen im Streben nach Gerechtigkeit dem Volke deutlich vorangehen. Wir verlangen von ihnen persönlichen Einsatz und mutige Einzelverantwortung. Nur so kann Gerechtigkeit entstehen, nur so Vertrauen. Beide sterben ab in verantwortungslosen Parlamenten und geheimen Kommissionen.

Das Streben nach Gerechtigkeit und das daraus erwachsende persönliche Vertrauen werden fortan Führer und Volk aneinander ketten, so wie es in der Innerschweiz jahrhundertelang durch die Landsgemeinde geschehen ist.

Zupackende Tatkraft, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit müssen das Gesicht des kommenden Volksstaates so eindeutig prägen wie uferloses Geschwätz und trüber politischer Schacher den Parlamentarismus des absterbenden Vielparteienstaates.

Nur sie werden eine tiefgreifende nationale und soziale Wiedergeburt unseres Volkes und Staates gewährleisten können.

2. Das Eidgenössische Volk.

Am Anfang der Eidgenossenschaft taten entschlossene Männer einen Schwur, sich fortan in Freiheit selbst zu beherrschen.

Damit der Bund Dauer erhalte, war aber noch anderes nötig. Die Bauern der Länder und die sich zu ihnen gesellenden Bürger der Städte wuchsen zu einem Volke zusammen, weil sie die Erde, die ihnen beiden Nahrung gab, in furchtbaren Schlachten mit ihrem Blute verteidigen mußten.

So beruht unser Staat auf der dreifachen Bindung des Bundesschwures, der Heimaterde und deren Weihe durch das gemeinsam vergossene Blut.

Aber weder das Erlebnis der Rasse noch das der gemeinsamen Sprache ist jemals bei uns staatsbildend geworden, noch können sie es jemals werden.

3. Freiheit.

Die gegenwärtige Eidgenossenschaft geht an der Ueberfülle ihrer papieren gewordenen Freiheitsrechte langsam zugrunde. Der Liberalismus hat sie fremder Geistesart entnommen; oberflächliches politisches Denken durch ihren Mißbrauch das Wesen der Freiheit verfälscht.

Die Neue Eidgenossenschaft wird durch die natürliche Freiheit gekennzeichnet sein. Sie findet ihre Schranke an der Selbstzucht der verantwortungsbewußten Volksgenossen und an deren Willen zur Einordnung in die Gemeinschaft. Dem Maß der Pflichten entspricht im Neuen Staate das Maß der Rechte.

Die Freiheit der Religion und der weltanschaulichen Ueberzeugung ist unantastbar, denn über den Glauben entscheidet nicht der Staat, sondern das Gewissen des Einzelnen. Ihr öffentlicher Ausdruck jedoch hat sich den Lebensnotwendigkeiten des Staates unterzuordnen.

Vereinigungen, die nachweisbar zum Schaden unseres Volkes und auf das Gebot landfremder Mächte tätig sind, müssen aufgelöst werden.

4. Ständischer Föderalismus.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft, die aus Angehörigen von vier Sprachgemeinschaften besteht, kennt keinen ihr gefährlicheren Feind als

die öde Gleichmacherei des zentralistischen Bürokratismus.

Ihre Stärke wird immer in ihrer Mannigfaltigkeit und Vielfältigkeit liegen. Seine beste Kraft zieht unser Staat aus der Verwurzelung jedes einzelnen Bürgers in seinem lebendigen Umkreis: **in Familie, Beruf, Kirche, Gemeinde und Kanton.**

In Ergänzung des bestehenden politischen Föderalismus (Souveränität der Kantone und Selbstverwaltung der Gemeinden) fordern wir heute als dringendstes Gebot der Stunde den ständischen Föderalismus, d. h. die weitgehende Selbstverwaltung von Berufs-, Wirtschafts- und Lebensgemeinschaften.

Wie die Schaffung der starken Bundesgewalt die historische Aufgabe der Generation von 1848 war, so ist es die historische Aufgabe unserer Generation, den ständischen Föderalismus **in die Verfassung einzubauen.**

Damit lösen wir den in zentralistischem Demokratismus festgerannten Staat aus seiner hoffnungslosen Erstarrung. Wir entbinden die heute vielfach in nutzloser Abwehr verkrampften Kräfte der Süd-, West- und Zentralschweiz zu schöpferischem Wirken. Wir geben damit endlich der Arbeiterschaft dasjenige an wirtschaftlichem Mitspracherecht, was sie seit Jahrzehnten vergeblich verlangt hat. Erst im Zeitalter des ständischen Föderalismus ist eine organische Betriebsgemeinschaft **denkbar und möglich.**

5. Führung.

Im schärfsten Gegensatz zu der heute geltenden krassen Vermengung und Verwässerung der Verantwortlichkeiten erheben wir in Bund und Kantonen den Ruf nach der klaren und entschiedenen Führung in allen Bereichen des Staates. Sie ist ohne Einzelverantwortung **undenkbar.**

Nur sie wird an allen Stellen dem Staate Dauer und Sicherheit geben können. Ohne sie keine starke Eidgenossenschaft und keine lebensfähigen Kantone!

Im Bunde muß die Staatsgewalt mächtig genug sein, um **dreierlei Aufgaben zu bewältigen:**

Sie muß, bei allem deutlichen Willen zur Mitarbeit am hohen und notwendigen Ziele der Befriedung Europas, mit rücksichtsloser Schärfe den ebenso entschiedenen Willen zum Ausdruck bringen, die heilige Erde unseres Vaterlandes jederzeit und mit Einsetzung aller Machtmittel gegen einen Angreifer zu verteidigen, gleichgültig, ob er seine Heere von Nord, West, Süd oder Ost an unsere Grenzen heranführe.

Sie muß ferner, unbeschadet des ständischen Eigenlebens in Berufs- und Lebensgemeinschaften, in Gemeinden und Kantonen, die alle Sonderansprüche bindende und krönende Macht der Eidgenossenschaft darstellen.

Sie muß endlich, in Zusammenarbeit mit den Kantonen, oberste Schlichterin, Richterin und Wegweiserin der Wirtschaft sein. Die kapitalistische Wirtschaft darf nicht mehr unser Schicksal bedeuten, und ebensowenig der marxistische Klassenkampf! Beide hat die Geschichte bereits gerichtet. Es ist heute an uns, die verfassungsmäßigen Folgen daraus zu ziehen. Der starke Staat in Bund und Kantonen hat den Rahmen zu spannen, innerhalb dessen sich die Wirtschaft entfaltet und selber verwaltet!

6. Erziehung.

Ein Staatsvolk zu sein, ist ewige Aufgabe!

In jedem Staate steht das Volk in länger andauernder Friedenszeit in Gefahr, zu einer Masse von eigensüchtigen Selbstlingen zu entarten. Es wird daran vor allem durch das anfeuernde Beispiel der sich ihrer Verantwortung bewußten Staatsführer gehindert. Von allen Staatsformen aber ist die demokratische Republik dieser Gefahr am meisten ausgesetzt; denn sie besitzt ja keinen besonderen und geschlossenen Stand von Staatsführern.

Damit die demokratische Republik nicht gefährlich entartet, müssen ihre Führer dauernd aus der breiten Masse des Volkes erneuert werden: aus allen Gesellschaftsschichten und allen Altersklassen. Dieser regelmäßige Kreislauf ist die einzige Gewähr ihrer Gesundheit und Dauer. Und tödlich sind ihr, mehr als jeder anderen Staatsform, die geheimen Bindungen, deren ausgesprochener oder nicht ausgesprochener Zweck es ist, ihn aufzuhalten und künstlich einen geschlossenen Stand von Privilegierten zu bilden!

Es ergibt sich aus dieser Einsicht ferner, daß es zu den schönsten und wichtigsten Aufgaben der Führung gehört, in der Jugend des Landes den Trieb zu patriotischer Betätigung zu erwecken und sie reibungslos in diesen Kreislauf einzugliedern.

Die heute aussterbende Generation ohne Führer hat diese ewige Aufgabe nicht erfüllt. Sie hat die heranwachsende schweizerische Jungmannschaft weithin kampflos der moralischen Zersetzung und der Verseuchung durch vaterlandsfeindliche Irrlehren preisgegeben. An uns ist es heute, die jungen Männer endlich wieder zu vertiefter Heimatliebe, politischem Verantwortungsbewußtsein und sozialer Gesinnung zu erziehen!

Wohl kann die Erneuerungsbewegung versprechen, die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft würdiger zu gestalten. **Jedoch erst von einer grundsätzlichen Reform unserer nationalen Erziehung dürfen wir eine dauernde und glückliche Zukunft des eidgenössischen Volkes und Staates erwarten.**

B. Auswirkung.

1. Der ständische Aufbau.

a) Unser Volk ist weder ein Haufen unverbundener Einzelner, noch zerfällt es in festumrissene Klassen, wie es die aus falschem mechanistischem Denken entsprungene Irrlehre des Marxismus haben will. Es ist vielmehr ein feingegliederter Organismus zahlreicher Gesellschaftskreise oder Stände.

Jeder von ihnen besitzt seine natürliche Aufgabe. Und keiner soll ohne Not von den andern an deren Erfüllung gehindert werden.

Ueber den Ständen steht der Staat. Auch er hat seine eigenen Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus aber hat er die Eingliederung der Stände in die Gemeinschaft des Volkes zu überwachen. Aber nur dort, wo sie offensichtlich versagen, soll er ihre Aufgaben selbst übernehmen.

Das ist es, was wir ständischen Föderalismus nennen.

b) Die Eingliederung der Stände in den Staat geschieht in der Ständischen Ordnung. Vor allem wichtig und dringend ist sie **für den Bereich der Wirtschaft.**

Alle im Wirtschaftsleben Tätigen bilden nach ständischer Weltauffassung eine große, vielfältig gegliederte Gemeinschaft. Sie sind sich bewußt, daß sie auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind, daß ihr Wohl nicht durch das Gegeneinander, sondern durch das Miteinander entsteht. Die Ständische Ordnung soll diesem neuen Bewußtsein, das der liberalistischen Irrlehre vom Kampfe aller gegen alle aufs schärfste widerspricht, Rahmen und Ausdruck geben. Sie ist ein notwendiges Element **der Neuen Verfassung.**

Die schöpferische Kraft des Individuums schafft die Wirtschaftswerte. Darum soll die Initiative des Unternehmers nicht unterbunden werden, noch sein Recht auf seiner besonderen Leistung und seinem Risiko entsprechenden Anteil am Gesamtbetrag. Aber wir verlangen, daß er sich in die Gemeinschaft aller Wirtschaftenden als Diener einordne, daß er sich als ein Treuhänder der nationalen Wirtschaft empfinde. Der Stand steht über dem einzelnen Wirtschaftenden. Und über dem Stand steht der Staat.

c) Im kommenden ständischen Volksstaat wird die Wirtschaft in Betriebsgemeinschaften und Berufsverbände gegliedert.

An der Sitze des ständischen Aufbaus steht der Landeswirtschaftsrat. Der Stand Wirtschaft ist im Umfange seiner Selbstverwaltung und im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Zuständigkeit für eine sachliche Durchführung seiner Aufgaben verantwortlich.

Die Bundesregierung erläßt in Verbindung mit den zuständigen wirtschaftlichen und politischen Organen (Landeswirtschaftsrat, Volkswirtschaftsdepartement, Bundesversammlung) die Gesetze, welche das wirtschaftliche Leben ordnen und stellt die Richtlinien auf für eine **planvolle Außenhandelspolitik.**

Für die gesamte Wirtschaftsführung des Landes ist die Bundesregierung verantwortlich.

d) Staat und Kirche sind die Ordnungen, in denen die menschliche Gesellschaft ihr weltliches und ihr ewiges Heil erstrebt. Aus deren Wesensverschiedenheiten ergibt sich, **daß die Kirche keinen Staat im Staate und der Staat keine Kirche in der Kirche sich anmaßen soll.**

Daher muß der Staat sich aller Eingriffe in kirchliche Dinge enthalten, sofern der konfessionelle Friede nicht von großen Gefahren bedroht ist. Das religiöse Bekenntnis kann anderseits aber auch nicht von staatsbürgerlichen Pflichten entbinden. Da der einzelne Volksgenosse sowohl dem Staat als einer Kirche angehört, so ergibt sich für beide Mächte die Notwendigkeit, zusammenzuwirken und sich gegenseitig zu stützen.

2. Bund und Kantone.

a) Die Periode des gegenwärtigen zentralistischen Bürokratismus hat die Kantone mehr und mehr ausgehöhlt. Und doch beruht eine gesunde Eidgenossenschaft auf der Gesundheit ihrer Gliedstaaten: der Kantone.

Die Kantone müssen in ihrer Eigenart wieder kräftiger und stärker werden.

Nur diejenigen Aufgaben, von denen es absolut sicher ist, daß der Bund sie besser ausführen kann, sollen ihm in Zukunft überantwortet werden.

b) Der Bund sei fortan ausschließlich zuständig für das Auswärtige, das Heer, den Verkehr (Luft, Bahn, Post mit Telegraph und Telephon, Militär- und Alpenstraßen) und den Abschluß von Konkordaten. Die Wirtschaftsführung ist in erster Linie Sache des Bundes.

c) Um ein engeres Zusammenarbeiten zwischen der Bundesregierung und den kantonalen Regierungen zu erreichen, wird der Ständerat

in Zukunft aus den 25 kantonalen Regierungschefs oder deren Stellvertretern zusammengesetzt sein. Seine neue Aufgabe ist, der Bundesregierung in allen Fragen, die das Verhältnis von Bund zu Kanton betreffen, beratend zur Seite zu stehen.

d) Um die Kantone in die Lage zu versetzen, sich gegen die Bundesgewalt zu behaupten, soll ihnen ein entsprechend höherer Anteil an den Staatseinkünften (direkte und indirekte Steuern und Abgaben) zugeführt werden. Dagegen verlangen wir anderseits eine radikale Beschränkung der moralisch, politisch und wirtschaftlich verhängnisvollen Bundessubventionen.

3. Landammann, Räte und Volk.

a) Der Eidgenössische Landammann und das Eidgenössische Volk bilden die beiden Eckpfeiler, die das Gebäude des Neuen Staates tragen. Ihr gemeinsamer Wille schafft Recht und Gesetz. Die Bundesversammlung wird im wesentlichen auf ihre natürliche und ursprüngliche Aufgabe der sachlichen und klugen Beratung beschränkt.

b) Der Landammann, auf mehrere Jahre durch die Gesamtheit der Volksgenossen gewählt, vertritt die Eidgenossenschaft nach außen.

Sein Stellvertreter, der im selben Wahlgang erkorene Landesstatthalter, muß dem anderssprachigen Landesteil angehören.

In der Regel fällt es abwechselnd der deutschen und der lateinischen (welschen und italienischen) Schweiz zu, den Kandidaten für das höchste Amt vorzuschlagen.

Gegen den Landammann wie gegen den Landesstatthalter kann während der Amtszeit das Abberufungsbegehren ergriffen werden.

c) Der Landammann und die Bundesversammlung bestimmen gemeinsam sieben oder mehr Bundesräte. Die Gemeinsamkeit der Bestimmung entsteht aus dem gegenseitigen Vetorecht. Bei der Bestellung des Bundesrates sollen nach Tunlichkeit die verschiedenen Landesteile berücksichtigt werden.

Der Landammann führt den Vorsitz im Bundesrat. Er regiert. Die Bundesräte beraten ihn und verwalten ihre Departemente.

In Krisenzeiten ernennt der Landammann den General. Er ist aber an die Vorschläge der Bundesversammlung gebunden.

d) Grundsätzliche Fragen werden durch Verfassungs- und Bundesgesetz geregelt.

Verfassungsgesetze unterstehen dem obligatorischen, Bundesgesetze dem fakultativen Referendum.

Der Landammann hat die Pflicht, dringliche Bundesgesetze dem Referendum zu entziehen.

e) Die Gesetzesberatung geschieht folgendermaßen:

Für allgemeine politische Angelegenheiten ist der Nationalrat zuständig. Der Landammann bildet hauptsächlich aus dessen Mitgliedern die vorbereitenden Gesetzeskommissionen.

In Fragen, die das Verhältnis des Bundes zu den Kantonen betreffen, läßt sich der Landammann durch den Ständerat, der aus den Regierungschefs besteht, beraten.

Für die Wirtschaftsfragen ist in erster Linie der Landeswirtschaftsrat zuständig.

Die 3 Räte tagen einzeln oder gesamthaft. Wenn sie gesamthaft tagen, heißen sie Bundesversammlung und werden vom Landesstatthalter präsidiert.

Die Bundesversammlung ist berechtigt:

1. die Wahl des Bundesrates zu treffen, vorbehaltlich des Vetos des Landammanns,
2. auf Grund der von den einschlägigen ständischen Organen eingereichten Kandidatenliste die Bundesrichter zu wählen,
3. Vorschläge für das Amt des Generals einzureichen,
4. einen Antrag auf Abberufung des Landammanns und des Landesstatthalters zu stellen.

Die Beratungen sowohl der einzeln tagenden Räte als der Bundesversammlung gipfeln in der Regel in einer konsultativen Abstimmung über jede unterbreitete Vorlage.

f) Der Nationalrat besteht aus höchstens 100 Mitgliedern. Er wird zum größeren Teile in Einerwahlkreisen durch das Volk gewählt, zum kleineren durch den Landammann ernannt.

g) Das wahl- und stimmberechtigte Staatsvolk besteht aus den männlichen Volksgenossen, die das 20. Altersjahr überschritten haben und in bürgerlichen Rechten und Ehren stehen.

Im Bereiche der ständischen Ordnung (Schule, Kirche, Kultur, Wirtschaft) besteht Stimmrecht sowie aktives und passives Wahlrecht auch für Frauen über zwanzig Jahre.

Die Einbürgerung wird so geregelt, daß in Zukunft nur noch in der Schweiz geborene und hier aufgewachsene Ausländer das Bürgerrecht er-

halten können. Diese Neubürger sind in Rechten und Pflichten den Altbürgern gleichgestellt.

h) Das Volk besitzt in der Neuen Verfassung außer dem Referendum und dem Abberufungsrecht auch weiterhin das Recht der Verfassungsinitiative. Es wird aber auf grundsätzliche Vorschläge beschränkt.

Als neu erhält das Volk zudem das Recht der Gesetzesinitiative. Wenn eine bestimmte Stimmenzahl erreicht ist, muß der Landammann die Anregung der Bundesversammlung unterbreiten. Eine nachherige Volksbefragung findet jedoch nur statt, wenn der Inhalt der Initiative in ein Gesetz aufgenommen worden ist.

4. Kultur und Erziehung.

a) Wir fordern, daß der Neue Bund den Kantonen, welche die lebendigen Mittelpunkte des gewachsenen kulturellen Empfindens sind und bleiben, in der Verteidigung und der Ausbreitung unserer nationalen Art und Kultur voranschreite.

b) Ein Bundesamt für vaterländische Erziehung hat die Richtlinien, event. Lehrmittel, für eine vertiefte vaterländische Erziehung auszuarbeiten und deren Durchführung in den Kantonen anzuregen. Sie wird im Gegensatz zur heute überschätzten äußerlichen Wissensvermittlung ein Hauptgewicht auf die charakterliche und körperliche Ertüchtigung legen (Arbeitsdienst).

Die Durchführung der vaterländischen Erziehung verbleibt, wie die Erziehung überhaupt, den Kantonen überlassen.

Abschluß und Krönung der vaterländischen Erziehung der jungen Volksgenossen bilden Jungbürgerweihen, entweder am 1. August in der Heimatgemeinde oder anschließend an die Rekrutenschule oder an ein Arbeitslager.

c) Ein Bundesamt für die Auslandschweizer soll damit beauftragt werden, die Auslandschweizer enger an die Heimat zu fesseln, ihrer Stimme im Inland Gehör zu verschaffen und sie kulturell und erzieherisch zielbewußt zu unterstützen.

Paul Lang

Tote oder lebendige Schweiz?

Verlag Rascher & Co., 2.—4. Tausend, 1933; 156 S.; Fr. 2.50.

«Votre livre marque une date» — **schrieb Gonzague de Reynold dem Verfasser nach Erscheinen seines Buches. Diese Schrift stellt in der Tat die Grundlagen unseres staatlichen Daseins zur Diskussion und ist dadurch zu einem Markstein unserer inneren Entwicklung geworden. Das wird durch Urteile aus allen politischen Lagern bestätigt!**

*

Urteile der Presse:

Langs Bestreben, einmal die **neue Geisteshaltung klar zu umreißen** und die staatlichen und sozialen Formen ihr auf den Leib zu schreiben, also die von uns allen ersehnte Einheit und Geschlossenheit schaffen zu helfen, das zeugt von einer Tiefe des Erfassens, wie sie heute einfach nötig ist. „Der Bund".

Lang will kein fertiges System vorlegen, er gibt das Ergebnis seines Denkens, die Summe seines Bemühens. Er ist ein **Sucher nach der neuen lebendigen Form,** ein Sehnsüchtiger nach einer wahrhaft starken und tätigen Schweiz. Und darum ist das Buch des Interesses aller derer wert, denen unsere Schweiz am Herzen liegt.
Felix Moeschlin in der „National-Zeitung".

Auch nach unserer Ansicht handelt es sich bei dieser Schrift nur um eine Station auf dem Wege zur wahrhaft organischen vaterländischen Politik und zur Erneuerung unseres Staatswesens. Aber es ist **wirklich eine Station** auf diesem Wege und verdient darum regste Beachtung und ernsthafteste Prüfung.
„Reformierte Schweizer Zeitung".

Es handelt sich um eine Schrift, die, weit ausholend, von einer besonderen Psychologie des politischen Lebens, einer eigenen Geschichtsauffassung ausgeht... Diese eingehende **Kritik ist lesenswert und erwägenswert** und niemand, welcher der Wahrheit die Ehre gibt und sich selber nichts vormacht, kann sie einfach ablehnen.
„Der Aufbau".

Es ist ein nicht hoch genug zu veranschlagendes Verdienst, die Grundfragen unseres staatlichen Daseins überhaupt zur Diskussion zu stellen. Und daß das Buch von Lang das in so frischer und unbeschwerter Weise tut, gibt ihm seinen hohen Wert. Es **geht ein aufrüttelndes Ethos von ihm aus.**
Hans Oehler in „Schweizer Monatshefte".

Diese politische Schrift gewinnt allgemeine Bedeutung durch die **scharfsinnige Methodik,** mit welcher der Verfasser am Beispiel des eidgenössischen Staates eine politische Morphologie zu entwickeln versteht und tief in das ewig fluktuierende Wesen alles politischen Geschehens hineinleuchtet. „Die Literarische Welt".

Der außerordentliche Wert des Buches liegt in der **Reife der Gesamtkonzeption,** die sich besonders darin erweist, daß Lang nicht rein theoretisch vorgeht, sondern die gesamten **geschichtlichen Entwicklungstendenzen** in seine Darstellung einbezieht.
„Deutsche Rundschau".

Die Front

Zentrales Kampfblatt der Nationalen Front

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags

Dieses täglich erscheinende, über die ganze Schweiz verbreitete zentrale Kampfblatt trägt Kunde vom Tun und Wollen der ‚Nationalen Front' bis in die entlegensten Täler und Dörfer unseres Landes.

‚Die Front' zeichnet sich durch ihre unerbittliche Bekämpfung der Schäden und Mängel der bestehenden Ordnung und ihrer Träger aus. Zugleich weist sie den Weg zum Aufbau einer neuen Volksgemeinschaft.

In- und ausländische Korrespondenten. — Rascher Nachrichtendienst. — Umfassende Berichterstattung über alle Vorgänge, die mit der nationalen und sozialen Erneuerungsbewegung der Schweiz zusammenhängen.

Abonnementspreis: 3 Monate Fr. 5.– / 6 Monate Fr. 9.50
12 Monate Fr. 18.–.

Nationaler Front-Verlag, Zürich 2

Löwenstraße 67 – Telephon 70.760 – Postcheckkonto VIII. 8189

H. ROTH, ZÜRICH